

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich KZ 16.— vierteljährlich 48.— halbjährig 96.— ganzjährig 192.—

Abbestellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einbindung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montags täglich.

Im Jahr 1923... 57544... Inzerate werden laut Tarif billigt berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlass.

3. Jahrgang.

Dienstag, 9. Oktober 1923.

Nr. 235.

## Verfrühter deutschnationaler Jubel.

Vier Tage lang herrschte in der deutsch-nationalen und nationalsozialistischen Presse stürmischer Jubel: das Ende der großen Koalition in Deutschland, aus dem sich kein Ausweg zeigen wollte, schien auch das Ende der Demokratie und des Parlamentarismus zu bedeuten. Das ließ das nach der Diktatur lusterne Hofenkreuzlerium Morgenluft wittern und alle Bierkäse gröhnten bereits freudetrunken: der Parlamentarismus ist tot! Was die Deutschnationalen seit Jahren durch ihre bewaffneten „Stahlhelm“-Banden mit organisierter Gewalt zu erreichen trachteten, die Abmürkung der „Audenodemokratie“ — und bekanntlich ist alles „jüdisch“, was nicht nach dem Geschmack der Hofenkreuzler ist — das schien ihnen durch einen Schachzug ihrer deutschvölkischen Antragsnehmer im Reichstage sozusagen auf bestem Wege zuzufallen. Die Mine, die sie gegen die große Koalition aufzuzetteln ließen, war in der Tat mehr zu bewirken imstande, als das Ausschneiden der Sozialdemokratie aus der Regierung, die dadurch heraufbeschworene Krise war denn auch nicht bloß eine Krise der Regierung, sondern eine solche des Parlamentes und der Demokratie in Deutschland überhaupt. Schon sprach man von einer mit unbeschränkter diktatorischer Gewalt ausgerüsteten Fünfmännerregierung, die vorerst mit Stresemann an der Spitze und mit dem mehr als armieligen Feigenblatt des einflusslosen Reichstages zu regieren versuchen sollte, bis zu dem Zeitpunkt, da die letzte dürftige Hülle der Scham fallen werde und Herr Stresemann durch einen noch „Verlässlicheren“ im Sinne der deutschnationalen Faschisten abgelöst werden würde. Das faschistisch-kommunistische Ideal schien mit einem Schlage der Erfüllung nahe zu sein.

Das verzehte auch die „judentänzelnde“ Hofenkreuzler in freudige, zwerfische Stimmung. Es ist zwar noch nicht lange her, daß unsere Deutschnationalen und deutschen Nationalsozialisten in Demokratie machten. Herr Dr. Lodgman hat doch noch auf dem Reichsbürger Reichsparteitage der Deutschen Nationalpartei über der „nationalpolitischen und staatsrechtlichen Forderungen“ der „unverfälschten Demokratie“ das Wort geredet und erklärt, daß seine Partei „eine Diktatur, sie komme von oben oder von unten, von einer Klasse oder einem einzelnen Volke, auf das Entscheidende abkämpfen müsse“. Und in den „Partei-grundlagen der deutschen nationalsozialistischen Arbeiterpartei“ heißt es gar, daß sie „jede Parteiherrschaft bekämpfe“, insbesondere durch Einführung der Volksabstimmung (Referendum) für alle einschneidenden Gesetze in Reich, Staat und Land. Nach ihren Programmen sind also unsere Hofenkreuzler beider Schattierungen Demokraten vom reinsten Wasser. Seit aber Ungarn unter Horthy „christlich erwacht“ ist, und seit Mussolini sein Brigantenreich gelang, streben auch unsere Hofenkreuzler nach jener Parteiherrschaft und Diktatur, die sie vor zwei Jahren noch zu „bekämpfen“ versprochen. Heute preisen sie die Diktatur, die Beseitigung der Demokratie als Wunderelixir für den kranken Körper Europas, und aus jedem ihrer Worte, aus jeder Zeile ihrer Pamphlete, triefet der Haß gegen das politische Mitscheidungsrecht des Volkes. Dabei kann man nicht daran zweifeln, daß die Hofenkreuzlerischen Volksbetrüger, wenn die Konjunktur des Faschismus im Sinken und die Pestbeude im Bereiben sein wird, eine Schwankung um hundertachtzig Grad vollziehen und sich wieder als die „unverfälschten Demokraten“ aufturnen werden. Jetzt scheint das lunnipige Geschäft aber noch Gewinn zu versprechen, sie erhoffen dadurch die Beseitigung der Volksrechte, die Unterjochung der Arbeiterklasse, die Aufrichtung der Herrschaft der bestehenden Klasse und darum jubelten sie der Intrige ihrer reichs-

## Der Reichstag zur Regierungserklärung

Eine neue Rede Stresemanns. — Das Ermächtigungsgesetz angenommen.

Berlin, 8. Oktober. (Wolff.) Der Reichstag hat in seiner heutigen Sitzung der Vorlegung des Entwurfes eines Ermächtigungsgesetzes mit der erforderlichen Mehrheit zugestimmt. Der Entwurf lautet:

§ 1. Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Maßnahmen zu treffen, welche sie auf finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Gebieten für erforderlich und dringend erachtet. Dabei kann von den Grundrechten der Reichsverfassung abgewichen werden. Die Ermächtigung erstreckt sich auf die Regelung der Arbeitszeit und auf die Einschränkung der Renten und Unterstützungen der Versicherten und Rentempfänger der sozialen Versicherung sowie der Kleinrentner. Die erlassenen Verordnungen sind dem Reichstage und dem Reichsrat unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Sie sind auf Verlangen des Reichstages sofort aufzuheben.

§ 2. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Es tritt mit dem Wechsel der derzeitigen Reichsregierung oder ihrer parteipolitischen Zusammensetzung, spätestens aber am 31. März 1924 außer Kraft.

### Die Debatte.

Die Debatte über die Regierungserklärung, die sodann folgte, wurde vom Genossen **Brechtfeld** eröffnet, der sagte: Wir billigen die Einstellung des passiven Widerstandes auch heute noch, obwohl seine Durchführung nach unserer Ansicht gerächt und notwendig war. Er war gegenüber dem im Widerspruch zum Verfallener Vertrag erfolgten Einbrüche Frankreichs und Belgien eine Aktion der Notwehr. Der passive Widerstand sollte die Aufmerksamkeit der Welt auf die Leiden Deutschlands lenken und bei den Verhandlungen mit den Alliierten ein starkes moralisches Gewicht bilden. Der Reichskanzler hat mit Recht angedeutet, daß es besser gewesen wäre, den passiven Widerstand abzubrechen, als er in den Augen der Welt noch etwas bedeutete. England hat in der Praxis für Deutschland vollkommen versagt. Von deutscher Seite ist geschieden, was geschieden konnte. Poincaré findet jedoch immer neue Vorwände und will Zeit gewinnen, damit das Chaos in Deutschland immer weiter um sich greife. Demgegenüber erklären wir mit aller Schärfe, daß das Rheinland deutsches Land ist und deutsches Land bleiben muß. Poin-

carés Politik führt zu einer fortgesetzten Beunruhigung Europas und zur Verstärkung der nationalsozialistischen Welle in Deutschland. Wenn Poincaré seine Politik weiter betreibt, wird er der Zerstörer Europas. Wir verlangen, daß die Regierung nichts unversucht läßt, um zu Verhandlungen mit Frankreich zu gelangen.

Bei der Besprechung des innerpolitischen Programmes der Reichsregierung forderte Brechtfeld ein Kontrollrecht des Reichstages, damit die Verordnungen ihm sofort bekanntgegeben werden. Dem ihm außer Kraft gesetzt werden können. Die Gewerkschaften seien bereit, für eine Produktions-erhöhung durch eine Verlängerung der Arbeitszeit einzutreten, wo es notwendig ist. Den Achtstundentag werde man nicht antasteten. Er sei nur in die Debatte geworfen worden, um die Sozialdemokraten aus der Regierung zu drängen.

Dr. Sell (Zentrum) erklärte, daß durch das Ermächtigungsgesetz das Parlament nicht ausgeschaltet werden dürfe. In der Währungsfrage richte er namens seiner Partei an die Regierung die dringende Bitte, sofort auf eine endgültige Lösung des Problems hinzuwirken. Die Ausführungen des Reichskanzlers über die Notwendigkeit der Aufhebung des passiven Widerstandes jänderten bei seiner Partei volle Zustimmung. Graf Westarp (Deutschnational) forderte die Lösung der Regierung von der Sozialdemokratie und erklärte im Namen seiner Partei, daß die Deutschnationalen in rücksichtsloser Opposition zur gegenwärtigen Regierung stehen und ihr diktatorische Befugnisse nicht zubilligen, während sie zu jeder vollen Vertrauens hätten. Graf Westarp gab zu, daß der Abbruch des passiven Widerstandes unvermeidlich war.

Sierauf ergriff Reichskanzler Dr. Stresemann das Wort und führte aus:

Die Koalitionspolitik ist die einzige Realpolitik, die in Deutschland betrieben werden kann, solange man auf verfassungsmäßigen Boden regieren will. Wenn sich die Dinge parlamentarisch nicht mehr meistern ließen, müßte mit der Auflösung des Reichstages gerechnet werden, aber ich glaube, daß bei allen Belastungen, die wir gegenwärtig haben, nicht auch noch dieser Kampf getragen werden könnte. Mit der Aufgabe des passiven Widerstandes hört der Kampf um das Rheinland nicht auf. Dabei hat auch die Sozialdemokratie des Rheinlandes immer ihren

Mann gestanden. Ich bedauere, daß Graf Westarp mit Bezug auf das Recht der Zurückweisung des deutschen Papiergeldes Worte gesprochen hat, die geradezu katastrophal wirken könnten. Er hat erklärt, daß man niemandem zuzumuten kann, sich mit Papiergeld zahlen zu lassen. Wir müssen vom deutschen Volke verlangen, daß es das Papiergeld nicht zurückweist, sonst haben wir morgen das Chaos. Es ist eine unrichtige Behauptung, daß wir direkte Verhandlungen mit Frankreich allein ohne England herbeiführen wollten. Ich wiederhole, daß ich mir eine völlige Lösung der Reparationsfragen nicht auf dem Wege einer einseitigen Verständigung vorstellen vermag. Deutschland hat immer auf dem Standpunkte gestanden, daß die Aufgabe des passiven Widerstandes eine so große Leistung sei, daß sie von Konzessionen von der anderen Seite begleitet werden müsse, wenn nicht in der Reparationsfrage, so doch in der Frage der Vertriebenen, der Gefangenen und der Wiederherstellung unserer Autorität im besetzten Gebiete. Als es sich darum handelte, auf dieser Basis von Gegenleistungen den passiven Widerstand aufzugeben, kam von englischer Seite die Warnung: Tun Sie es bald. Ich bitte Sie, sich von der Illusion zu befreien, als wenn sich die Regierung dadurch das englische Wohlwollen verschert hätte, daß sie den passiven Widerstand aufgab. Es so hinzustellen, als ob die französische Weltmacht der Welt durch eine andere diplomatische Einstellung sich bewegen ließe, aus dem Ruhrgebiet herauszugehen, ist falsch. In dem Aufrufe, mit dem wir den passiven Widerstand aufgegeben haben, ist gegen den Rechtsbruch an Rhein und Ruhr protestiert worden. Man hat es in Frankreich verstanden, daß die Aufgabe des passiven Widerstandes keine Anerkennung des Einbruchs im Ruhrgebiet und des Vertragsbruches ist. Die Frage des Bruchs mit Frankreich ist auf den Berliner Konferenzen der Ministerpräsidenten der Länder und der Ruhrvertreter behandelt worden, wobei Meinungsverschiedenheiten zutage getreten sind.

Es kann sein, daß Verhandlungen mit Frankreich überhaupt nicht möglich oder daß dafür Bedingungen gestellt werden, die man nicht mit einer deutschen Unterschrift versehen kann. Es ist vielleicht für die große Öffentlichkeit schwer zu verstehen, aber in gewissen Beziehungen bildet der Verfallener Vertrag gegenüber der bisher betriebenen Gewaltpolitik noch einen Schutz der deutschen Interessen. Es ist ein Irrtum, anzunehmen, daß das Losreißen vom Vertrage sofort eine Besserung der Lage Deutschlands bringen würde. Ist genug sind wir vor der Frage gestanden, ob wir noch unseren Namen unter einen Vertrag setzen könnten, der uns Unmögliches zu-

deutschen Vorbilder zu, welche die Demokratie in den Abgrund zu schleudern versprochen.

Und wahrhaftig: die Mine der Deutschnationalen gegen das parlamentarische Regime war gut gelegt! Jetzt, da man klar sieht, unterliegt es keinem Zweifel, daß es sich um eine großangelegte parlamentarische Intrige handelt, die die Hofenkreuzlerische Partei bei den internen Verhandlungen über das Ermächtigungsgesetz für die Regierung, die Forderung nach Beseitigung des Achtstundentages stellte. Gewiß ging es der Schwerindustrie Deutschlands dabei auch um die Herbeiführung größerer Ausbeutungsmöglichkeiten, aber die Hauptfrage war ihr, der eigentlichen Drahtzieherin der Hofenkreuzler, doch die Hoffnung auf die Sprengung der Koalition, denn die Kalkulation war richtig, daß die Sozialdemokratie in einer Regierung, welche die Abschaffung des Achtstundentages zu ihrem Programm gemacht hat, keinen Platz haben könne und einer solchen Regierung nur in schärfster Opposition gegenüberstehen könne. Die Forderung nach Beseitigung der achtstündigen Arbeitszeit sollte denn auch das Mittel sein, die Sozialdemokraten in einer Zeit aus der Regierung herauszudrängen, da es bei der Lösung der bald akut werdenden Reparationsfrage darum gehen wird, zu bestimmen, in welchem Maße die kapitalistischen und die arbeitenden heillosen Kreise der Bevölkerung zu den aufzubringenden Lasten werden beizutragen haben. Stinnes und die Seinen versuchten durch die Durchbrechung des Achtstundentages der Arbeiterschaft von vornherein die Hauptlast aufzuhalsen. Damit

zugleich sollten die Sozialdemokraten aus der Regierung verdrängt, die Bildung einer parlamentarischen Regierung unmöglich gemacht und der Diktatur vorgearbeitet werden, bei welchem Beginnen sich die Wünsche der Stinnesleute mit jenen des Hofenkreuzleriums begegneten. Die deutschvölkische Partei schützte für ihren Anschlag auf den Achtstundentag wirtschaftliche Gründe, die Notwendigkeit erhöhter Produktion durch Verlängerung der Arbeitszeit zum Zwecke der Aufbringung der Reparationslasten und zur Verbesserung der Währung vor. Aber so willkommen der deutschnationalen Bourgeoisie die Vernichtung des Achtstundentages wäre, im gegenwärtigen Zeitpunkt wäre es ganz sinnlos erdichten, einen Konflikt darüber zu beginnen, denn praktisch kommt die Frage der Verlängerung der Arbeitszeit gar nicht in Betracht, da Deutschlands Industrie unter einer schweren Krise leidet. Welche Lohheit, zu verlangen, die Arbeiter müßten länger arbeiten, obwohl große Massen der Arbeiterschaft arbeitslos sind und die meisten Industriezweige auch noch Feierlichkeiten eingelegt haben! Doch also, wie unsere deutschnationalen Zeitungen nachbeten, die Abschaffung des Achtstundentages ein „Gebot der deutschen Not“ sei, ist eine Behauptung, die nur von Kindstapfen ernst genommen werden kann. In Wirklichkeit verfolgte die Forderung nach Verlängerung des geschlossenen Arbeitstages den Zweck, eine „sozialistische“ Regierung zu schaffen. Längst schon empfanden die Parteien des Grund- und Kapitalbesitzes den Einfluß der Sozialdemokraten auf die Gesetzgebung und Verwaltung als ein unerträgliches Joch, das sie selbst um den Preis,

dem auf den Ausbruch innerer Wirrnisse lauerten französischen Imperialismus in die Hände zu arbeiten, abzuschütteln suchten.

Der Versuch der Deutschnationalen, auf die Bildung einer „außerparlamentarischen Regierung“, als der Vorstufe zur faschistischen Diktatur, hinzudrängen, ist mißglückt. Man mag über die Festigkeit des Kompromisses, durch das ein Ausweg aus der Krise gefunden wurde, verschiedener Meinung sein, und man kann sogar als gewiß annehmen, daß die erneuerte große Koalition innerlich nicht stärker und einiger sein wird, als es die verfallene war, dennoch hat die Hofenkreuzlerische Reaktion, die bereits gewonnenes Spiel zu haben glaubte, zu früh triumphiert. Es hat sich immerhin gezeigt, daß auch bei manchen bürgerlichen Parteien Vernunft und Verantwortlichkeitsgefühl nicht völlig geschwunden ist, und so haben die Deutschnationalen die Demokratie Deutschlands zu früh begraben. Darum wäre es aber doch verhängnisvoll, zu glauben, die Gefahren des deutschnationalen Faschismus wären nun vorbei. In dem Ringen der Demokratie und Republik mit der Hofenkreuzlerischen Verfallenspolitik ist die vorläufige Beilegung der deutschen Regierungs- und Parlamentskrise nicht mehr als eine Atempause. Unsere reichsdeutsche Partei ist sich gewiß bewußt, daß die Sicherheit des Bestandes der demokratischen Republik nicht vom parlamentarischen Intrigenspiel abhängig sein darf und daß dringender als je die Einigkeit der Arbeiterschaft ist. An der geschlossenen Macht der Arbeiterschaft müssen die Anschläge des faschistisch verummten Kapitalismus zerschell-



mater für die deutsche Souveränität, die deutsche Ehre, den Bestand des Reiches. Ich bin nicht der Meinung, daß man unter allen Umständen sich darauf einstellen soll, alle Forderungen zu erfüllen, aber wenn es zu einem vertraglosen Zustand kommt, dann schaffen Sie vorher die Voraussetzung, daß dieser Zeitpunkt eine geeinigte deutsche Volk findet. (Stürmischer Beifall.)

Nach dem Kaiser sprach für die Volkspartei Dr. Scholz. Er sagte: Die Einstellung des positiven Widerstandes ist nicht gleichbedeutend mit der Kapitulation. Wir danken der Regierung für die Entschlossenheit und das Verantwortungsbewußtsein, mit denen sie die unheilbaren Zustände vor dem völligen Zusammenbruch beendete hat.

Abg. Koch (Demokrat) führte aus, daß seine Fraktion die Wiederkehr der Koalition begrüße. In der auswärtigen Politik hat der Reichskanzler das bewiesen, was Bismarck Zwitterfrage nannte. Die Aufgabe des passiven Widerstandes war gegeben, da das Instrument unbrauchbar geworden war.

Leicht (bayerische Volkspartei) erklärte, seine Partei könne nicht für das Ermächtigungsgesetz stimmen, dessen Schlußsatz eine Ungeheuerlichkeit und Unikum in der Gesetzgebung sei.

Von den Regierungsparteien ist folgendes Vertrauensvotum eingegangen: Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung und spricht ihr das Vertrauen aus.

Remmele (Kommunist) führte in seiner Rede aus, daß das Ermächtigungsgesetz erreichen soll, daß sich die Niederschlagung des Parlamentarismus durch die weiße Diktatur in der Dunkelkammer ohne Kontrolle von Parlament und Presse vollzieht. Die kapitalistischen Regierungen in Europa und Amerika haben nicht gegen den französischen Aufwühlbruch protestiert. Das hat nur die Sowjetregierung Anklagen getan, ebenso die kommunistische Internationale.

Von den Sozialdemokraten ist folgender Antrag eingegangen: Der Reichstag billigt die Wechselauffassung der Reichsregierung über die bayerische Ausnahmeverordnung und erwartet, daß die Reichsregierung baldigst eine Klärung der Lage herbeiführt.

Nach einem Schlusssatz des Abg. Barch wird das Vertrauensvotum für die Regierung in einfacher Abstimmung gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der bayerischen Volkspartei und Kommunisten angenommen. Sämtliche Anträge auf Befreiung des Ausnahmezustandes im Reich und in Bayern werden abgelehnt. Der sozialdemokratische Antrag wird angenommen. Morgen nachmittags 2 Uhr: Ermächtigungsgesetz, Währungsbank und kleinere Vorlagen.

Schluß der Sitzung 12.30 Uhr nachts.

**Ein französischer Kriegsbericht.**

100 Deutsche verhaftet und ausgewiesen, 231 Billionen geraubt.

Düsseldorf, 7. Oktober. (Sabas.) Die französischen Okkupationsbehörden haben wegen der Schuld am Blutvergießen am Sonntag den 30. September 280 Sicherheitspolizisten ausgewiesen und 120 andere, welche direkt kompromittiert waren, in Haft behalten. Der Düsseldorfer Stadtrat verstärkte die blaue Schutzpolizei, welche die definitiv aufgelöste grüne Schutzpolizei abgelöst hat. — In Wuppertal haben französische Behörden 231 Billionen Mark, die für die Kölner Filiale der Reichsbank bestimmt waren, beschlagnahmt.

**Sächsische Stimmungen.**

Von Felix Zässinger (Berlin).

Die Deutsche Republik hat gegenwärtig das Vergnügen unter drei Belagerungszuständen zu stehen: unter dem bayerischen des Herrn von Kahr, unter dem französischen Desgouttes in Düsseldorf und unter dem allgemeinen des Herrn Gessler. Unter dem Eindruck dieser einander ergänzenden und bewirkenden Diktaturen hat man Sachsen aus den Augen verloren, obwohl gerade dieser Freistaat Stimmungen und Zustände von besonderer Bedeutung geschaffen hat.

Auf einer kleinen Reise nach Sachsen lernte ich schnell den Unterschied zwischen den sächsischen und den preussischen Zuständen kennen. In Sachsen haben wir eine sozialistische Regierung, die in jeder Hinsicht frei ist von einer Zuneigung zu kommunistischen Ideen. Und trotzdem wird diese Regierung von der Bourgeoisie Sachsens viel gründlicher gehaßt, als etwa die bayerische Regierung vom Proletariat mit Haß verfolgt wird. Denn während die bayerische Regierung herrscht, daß das Bürgertum wahre Wollust dabei empfindet, hat die Regierung Reigner unter der Arbeitslosigkeit, der Not, der drückenden Verwirrung ihrer eigenen Anhänger schwer zu leiden. So verging kein Tag, an dem nicht die Polizei, die unter der Leitung des vortrefflichen Genossen Schützlinger steht, mit Gummischlägern, ja sogar mit Karabinern gegen ihre eigenen Arbeitsschreiber vorgehen mußte. Ganz Deutschland hallte von diesen Demonstrationen wieder, und wer sie gesehen hat, kann sie gewiß nicht erschrecklich finden. Aber die Zusammenrottungen, die fast täglich in den Straßen stattfanden, ließen mir doch an verschiedenen Symptomen die Stimmung der Massen erkennen, den Unwillen und die Verzweiflung einer Arbeiterschaft, die unter der Arbeitslosigkeit furchtbar leidet, dabei soviel sympathische und rührende Tüchtigkeit zeigt, so daß man, wenn man nur ein bißchen Mitleid im Leibe hat, auf ihrer Seite stehen muß.

**Die kommunistischen Minister in Sachsen.**

Berlin, 8. Oktober. (Eigenbericht.) In das sächsische Kabinett werden als kommunistische Minister voraussichtlich die Abgeordneten Bötzler und Brandler von der kommunistischen Zentrale eintreten, und zwar soll Brandler das Finanz- und Borchers das Kultusministerium übernehmen.

Die Verhandlungen, die Sonntag in Leipzig zwischen den Ministerpräsidenten von Sachsen und Thüringen stattgefunden haben, sind noch nicht abgeschlossen. Die gemeinsame Sitzung der Fraktionen der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei, in der die Regierungserklärung festgelegt werden soll, dürfte Mittwoch stattfinden. Die für Dienstag geplante Landtags-Sitzung wird voraussichtlich auf Donnerstag verschoben werden.

**Der Parteitag der Berliner Sozialdemokraten.**

Berlin, 8. Oktober. (Eigenbericht.) In der zeitigen Fortsetzung des Berliner Parteitages der Sozialdemokratie, der schon wiederholt verlagert werden mußte, zeigte sich von neuem, daß ein erheblicher Teil der Parteigenossen, besonders in Berlin, mit der Weiterbestehung an der großen Koalition nicht einverstanden ist. Genosse Dr. Herz, der den Verlauf der Regierungskrisis schilderte und den Wiedereintritt der Sozialdemokratie in das Kabinett Stresemann begründete, fand wiederholt lebhaften Widerspruch. Dagegen erfreute sich Genosse Kuffhäuser, der für die Minderheit der Fraktion sprach, des lebhaftesten Beifalls der Versammlung. Besonders lebhaft ging es dann bei dem wichtigsten Punkt der Tagesordnung zu, eine Neuwahl des Bezirksvorstandes vorzunehmen. Die Mehrheit der Delegierten warf dem bisherigen Vorstand vor, daß er in seiner Auffassung nicht mehr mit den Berliner Parteigenossen übereinstimme, und da er nicht von selbst zurückträte, müsse eine Neuwahl vorgenommen werden. In der Debatte schilderte Genosse Hifferding die ungeheure Gefahr, in der sich das deutsche Volk zur Zeit befindet. Der Einfluß der Sozialdemokratie sei nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern zurückgegangen, was in erster Linie eine Folge der kommunistischen Spaltungsarbeit sei. In Deutschland insbesondere sei das Vertrauen der Arbeiter zu den Führern untergraben worden; zahlreiche Arbeiter hätten sich den Nationalsozialisten zugewendet. Wir seien in der schwersten Lage, in der die Arbeiterbewegung sich jemals befunden habe. Die Arbeiterrevolution schreite fort und man wisse nicht, ob sie aufzuhalten sein werde. Wenn die Arbeiterpartei ihr Mißtrauen gegen die Führer und die Kampfe gegeneinander fortsetze, dann gäbe es überhaupt keine Rettung mehr. Der Parteitag beschloß hierauf mit 219 gegen 215 Stimmen, die Wahlen sofort vorzunehmen; die Ausführung des Beschlusses stellte sich jedoch als technisch unmöglich heraus, so daß der Parteitag noch einmal auf den 22. Oktober vertagt wurde.

**Eine Ischekrone = 24.000.000 Mark!**

Berlin, 8. Oktober (Eigenbericht). Nachdem am Samstag an den ausländischen Börsen eine neue starke Entwertung der Mark eingeleitet hatte, stiegen heute auch an den deutschen Börsen die Devisenkurse wieder sprunghaft in die Höhe. An der Berliner Börse stieg der Dollar von 600 auf 838 Millionen, das englische Pfund von 2,7 auf 3,8 Milliarden, ein Schweizer Franken von 107 auf 150 und die Ischekrone von 17 auf 24 Millionen.

Die Demonstrationen am Altmarkt waren in den umliegenden Straßen, von einem Kranz von Zuschauern umgeben, die wie der Chor in der griechischen Tragödie in die Handlung durch Reden eingriff, in denen die düstere und verbitterte Stimmung des Volkes zum Ausdruck kam. Die Demonstranten hatten die Ladenbesitzer und besonders die Kaffeehäuser zu schließen gezwungen. Hatte das Sinn? Gewiß nicht. Aber bei solchen Exzessen entscheidet nicht die Vernunft, sondern die Stimmung und die wehrte sich dagegen, daß die Reichen weiter ihren Luxus treiben sollten, während die Armen nicht der Butter, sondern des Brotes wegen demonstrierten. „Kann ein ehrlicher Mensch sich diese Reichen ansehen, während wir kein Hemd auf dem Leibe haben,“ fragte eine alte Frau, die offenbar wirklich leins hatte und doch mit den Demonstrationen nichts zu tun hatte. Aber dieses Wort „ehrlischer Mensch“ traf die Wahrheit ins Herz. Denn hier hört alle „Ehrlichkeit“ auf, wenn soviel Not auf der einen, so wenig Sorge auf der anderen Seite gleichzeitig in einem Staate nebeneinander leben dürfen. Die kommunistischen Gruppen, die einen Restaurateur zwangen, ihnen Essen zu geben und, pochend auf ihre angebliche Gewalt, auch noch einen weingedeckten Tisch verlangten, handelten auch nicht mit Vernunft. Sie wollten nicht nur essen und sich sättigen, sie wollten auch ihr Mitleid stiften, ihren Grimm auf eine im Grunde harmlose Weise ausstoßen. Und doch zeigt dieser kleine Zwischenfall, wie bitter die Gefühle breiter Massen geworden sind.

An einem dieser Tage wurde ein Führer des wilden Arbeitslosenrates, ich glaube er hieß Heinz Kinnel, durch einen Schuß aus der Menge getötet. Der Schuß galt dem Polizisten, der Kinnel an der Brust packte und auf frischer Tat der Aufreizung verhaften wollte. Auch der Polizist wurde von der Kugel gestreift, die die Brust des Betroffenen durchbohrte, sicher ein Beweis, daß der Polizeibericht nicht gelogen hatte. Man kann dies auch aus der Führung der Polizei, die in guten Händen liegt, schließen; selbst die Kommunisten arbeiteten Hand in Hand mit

nistischen Partei, in der die Regierungserklärung festgelegt werden soll, dürfte Mittwoch stattfinden. Die für Dienstag geplante Landtags-Sitzung wird voraussichtlich auf Donnerstag verschoben werden.

Die Regierung hat heute alle Entlassungen von Arbeitnehmern bis auf geringe Ausnahmen untersagt.

Reichskanzler Stresemann hat den sächsischen Ministerpräsidenten Reigner und den thüringischen Staatsminister Frölich für Montag zu einer Unterredung mit ihm nach Berlin gebeten.

**Der General wird verhandeln.**

Berlin, 8. Oktober. Wie die „Zeit“ erfährt, bezieht die Abt. die Verhandlungen, die von Vertretern der rheinisch-westfälischen Industrie mit General Degoutte aufgenommen wurden, weiterzuführen. Es sollen in dieser Woche daran auf deutscher Seite die parlamentarischen Vertreter der besetzten Gebiete und die Vertreter der dortigen Wirtschaft beteiligt werden.

**Not lehrt beien und in Ungarn sogar von Frieden reden.**

Budapest, 8. Oktober. Gömbös, der Führer der sogenannten Massenführer-Gruppe in der Nationalversammlung, erklärte in einer Rede vor seinen Wählern: Er und seine Gesinnungsgenossen stünden zwar in der schärfsten Opposition zur Regierung, doch sei die Behauptung nicht stichhaltig, als ob die Gruppe eine besondere Politik inaugrieren wollte. Es fällt uns nicht ein, sagte Gömbös, eine auswärtige Politik zu verfolgen, die, ohne mit den heutigen realen Verhältnissen zu rechnen, mit dem Kopf durch die Wand rennen wollte. So sehr uns auch die Verstrümmelung Ungarns schmerzt, wissen wir sehr gut, daß in der gegenwärtigen gefährlichen Atmosphäre Europas und unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen und sonstigen Kräfteverhältnissen Ungarns eine auswärtige Politik, die kriegerische Absichten verfolgt, nicht betrieben werden kann, ebensowenig, daß sie unter den heutigen Verhältnissen keinerlei Ergebnisse zu erzielen vermöchte.

**Die Botschafterkonferenz für Karolyi.**

Budapest, 8. Oktober. (Eigenbericht.) Der Botschafterrat hat sich in seiner letzten Sitzung mit der von der ungarischen Regierung gegen den Grafen Michael Karolyi verhängten Verurteilung konstitutionell beschäftigt und beschlossen, an den ungarischen Minister des Auswärtigen eine Zuschrift zu senden und ihn auf die Bestimmungen des Friedensvertrages aufmerksam zu machen, daß niemand wegen Handlungen politischer Natur, die zwischen der Kriegserklärung und der Ratifizierung des Friedensvertrages von Trianon begangen wurden, zur Verantwortung gezogen werden dürfe. Die Zuschrift des Botschafterrates fordert aus diesem Grunde die Aufhebung des Urteils im Karolyiprozess und die Einstellung des Verfahrens gegen Karolyi.

**Falschgeld sinkt.**

Paris, 8. Oktober. (Sabas.) Das „Journal“ meldet aus Athen, daß der Konigreich griechischer Flüchtlinge, die von Mussolini den Flüchtlingen auf Korfu angebotenen zwei Millionen Lire abgelehnt hat.

**Der innere Zerfall der faschistischen Partei.**

Von unserem italienischen Berichterstatter.

Nachdem der zur Regierung gelangte Faschismus sich immer mehr zur reinen Diktatur ausgewachsen hat, empfindet heute die faschistische Partei die Nachteile des diktatorischen Regimes so schwer, daß sie daran in die Brüche zu gehen droht. Wir haben über den Vorschlag des Faschisten Rocca berichtet, die Partei aufzulösen und an ihre Stelle eine umfassendere Bewegung zu setzen, die, weil sie sich programmlos auf Mussolini einstellte, als „Mussolinismus“ bezeichnet wurde. Der Vorschlag schien taktlos von dem, der ihn machte, weil er dadurch offenbar eine Refordleistung der Speicheldrüse darbieten wollte. Man sah in seiner Forderung durch die Forderung auch den Beweis dafür, daß er den Wünschen Mussolinis entsprach. In Wirklichkeit ergab sich aber aus dem Artikel Roccas eine Menge Unheil für die faschistische Partei.

Das Exekutivkomitee derselben fand es nämlich richtig, Rocca wegen des Artikels als „unwürdig“ aus der Partei auszuschließen. Mussolini mißbilligte den Ausschluß, über den ihm zwar keinerlei Bestätigungsrecht zustand, und nötigte das Exekutivkomitee zum Rücktritt. Die auf den 2. Oktober anberaumte Tagung aller Vertrauensmänner des Faschismus wurde abgesetzt, und statt dessen auf den 12. Oktober der Höhe Rat einberufen, der über den Fall Rocca beraten soll, als wäre in ihm noch keinerlei Beschluß anderer Instanzen gefaßt worden. Und das alles, ohne daß Rocca an Mussolini oder an den Höheren Rat appelliert hätte!

Hinter diesem eigenartigen Vorgehen Mussolinis gegen die obersten Parteinstanzen steht aber eine ganz neue Orientierung des Faschismus, die sich selbst als Revisionismus bezeichnet. Sie tritt für einen neuen gezüchteten, faschistischen Faschismus ein, der die Mittel und die Menschen absetzt, durch die die heutige Regierung zur Herrschaft gelangt ist. Seit langem macht das Verhalten der Partei in den Provinzen der Regierung Sorge. In den Provinzen ist man an den Knäpfele gewöhnt, an Gewalttat, Erpressung und Vertreibung der Gegner. Die Jünger dieses Evangeliums sehen absolut nicht ein, warum sie diese liebenswürdige Gewohnheit aufgeben sollten, nun der Faschismus an der Regierung ist. Ihre Blinde sind nicht auf Rom gerichtet, sondern auf die eigene nächste Umgebung beschränkt, in der es immer noch dieselben Realitäten gibt, denselben persönlichen Haß, denselben Brotneid, der seinerzeit den Strafexpeditionen die Fahne vorantrieb. Daher will der Faschismus der Provinz nichts von einer neuen Taktik wissen und pfeift auf die Aufrufe aus Rom, die ihn zur Disziplin ermahnen.

Charakteristisch ist in dieser Beziehung die folgende Episode der Provinz Pefaro Urbino, in der die lokale Parteileitung bei allen Grundbesitzern eine Geldsammlung „pro Faschio“ vorgenommen hatte, deren Ergebnis fälschlich war. Daraufhin veröffentlichte das offizielle Organ der Provinz ein Kommuniqué des provinziellen Leiters, in dem es unter anderem heißt: „Einige Grundbesitzer, die notorisch Millionen haben, haben uns Zehntausend gespendet, die kaum ein Millionstel Prozent des Kapitals darstellen, das ihnen der Faschismus gewährt hat. Deshalb, in Anbetracht der Tatsache, daß wir mit dem bisherigen Sammlungsabstimm nicht erreicht haben, bringe ich den Grundbesitzern der Provinz Pefaro und Urbino zur Kenntnis, daß ich sie im Verhältnis zu ihrem Kapital besteuern werde und in einer Weise, die

Reigner, der an der Spitze der Regierung steht, geht viel Leben und Kraft der Umgestaltung aus: Die „Sächsische Staatszeitung“ ist durch ihn, um nur ein kleines Beispiel zu erwähnen, zu einer rein sozialistischen Zeitung gemacht worden. Zum besonderen Jammer der Republik gehörte ja stets das Wesen der amtlichen Presse. In unzähligen Blättern, die nur von den Bekanntmachungen der Regierung leben, wurde das Geld, das man als Amtsbote verdient, dazu benutzt, die Republik zu unterminieren. Auch die zahlreichen und energisch durchgeführten Reinigungen der Beamtenschaft von renitenten Elementen geben der Masse die Zuversicht, daß hier ein Führer dran ist, der alle Machtmittel des Staates dazu benutzt, dem Mehrheitswillen der Bevölkerung Achtung zu verschaffen. So spürte man trotz der kriegshafter Zustände ein energiegelobtes und talentreiches Element an der Arbeit und schöpft daraus die Hoffnung, daß es besser werden kann, wenn nur immer entschlossene und aktive Persönlichkeiten an der Spitze stehen. Die sächsische Arbeiterschaft hat jedenfalls Mut gezeigt, als sie einem sowohl dem Lebens- als auch dem Parteialter nach noch jungen Menschen, einem ehemaligen Staatsanwalt, das höchste Amt im Lande übertrug. Vor Reigner hat man auch im eigenen Ministerium Respekt. Er kann nicht nur regieren, er kann auch die Akten durcharbeiten. Darin ist er manchem erfahrenen Parteiführer gewaltig über.

Durch die Verhängung des Belagerungszustandes ist das politische selbständige Leben gerade in Sachsen besonders getroffen worden, eben weil es gerade dort besonders vorhanden war. Das gibt uns aber auch den Mut, an eine positive und produktive Entwicklung der Dinge gerade in Sachsen zu glauben. Entwicklung ist zwar überall, wo Zeit herrscht. Aber das Positive und das Produktive ist nur da vorhanden, wo die richtige Erkenntnis und der richtige Wille am Werke sind.

Ich habe viele Begräbnisse des Proletariats gesehen, aber keins war größer und ergreifender. Von einer Straßenkreuzung aus nahm ich am Zuge der Tausenden teil. Der Zug dauerte drei Viertel Stunden. Jeder, der mitging, war ein Arbeitsloser oder ein Kurz-Arbeiter. Es war ein Zug des Ernsts, der Not und der Anklage. Jeder Einzelne, die unzähligen jungen und kräftigen Männer, die Familienväter, die Frauen und deren halberwachsenen, an Arbeit schon gewöhnten Kinder, waren von der Not bedrängt. Viele von diesen leben seit Monaten von einer Arbeitslosen-Unterstützung, über die gestützte Bürger empört sind und die nach einer Berechnung, die jüngst im „Vorwärts“ stand, gerade für Brot und Miete reicht. Die Demonstration wurde weder von den Arbeiterparteien noch von den Gewerkschaften unterstützt. Sie war allein das Werk der Arbeitslosen und ihres Ausschusses. Es war das einzige Arbeitsprodukt, das diese Zehntausenden seit Monaten hatten schaffen können: ein Werk der Erbitterung und der Treue.

Und trotz aller bitteren Erfahrungen, die die Arbeiterschaft Sachsens in diesem engebrängten Industriegebiet machen muß, war der Aufenthalt in Sachsen für einen Sozialisten doch ein Vergnügen besonderer Art. Von der jungen und draufgängerischen Persönlichkeit des Genossen



endgültig die finanzielle Lage des Faschismus in unserer Provinz regeln wird." Wir haben also eine Art Urform des Feudalstaats im heutigen Staat: der Faschismus schließt die Grundbesitzer gegen die Forderungen der Arbeiterschaft, legt ihnen aber dafür Steuern auf. Er schützt mit gewalttätigen Mitteln, treibt aber mit denselben Mitteln den Preis des Schutzes ein. Die Mittel sind gefehlt, aber der Faschismus, der anderthalb Jahre frei und durch kein Gesetz gehemmt sich hat austoben dürfen, kann absolut nicht verstehen, daß man in Rom diese Methoden nicht gerät.

Mussolini scheint nun einzusehen, daß er mit diesen Methoden des Faschismus der Provinzen nicht fertig wird. Daher ist er dem Entwurf Roccas günstig gesinnt, der die Partei auflösen will, unter dem Vorwand, daß ihre Basis nachgerade für Mussolini zu klein geworden sei. An Stelle der Partei als einziger Faktor soll Mussolinis Persönlichkeit treten. Faschist oder Nichtfaschist, wer für Mussolini ist, gehört zur bedorrechtigten Klasse, zur Aristokratie, wer gegen ihn ist, ist Böbel, Paria, Landesverräter. Der Ministerpräsident meint, wenn er heute diese Umstellung vornimmt und sich gegen den Faschismus ausspricht, den Mussolinismus als eine höhere Form des Faschismus hinstellt, ihm die Massen folgen werden, auch gegen die Befehle der lokalen Führer.

Das eine und oberste Gesetz des Faschismus ist, sich an der Regierung halten. Mit den Mitteln, mit denen man zur Regierung gelangt ist, geht das nicht auf die Dauer: daher Abfägung derrer, die von diesen Mitteln nicht lassen wollen. Im Sinne dieses Programmes soll der Hohe Rat des Faschismus in seiner am 12. ds. beginnenden Tagung beschließen.

Der offizielle, der regierende Faschismus unterliegt nämlich einer eigenartigen Sinnestäuschung. Er sieht, daß sich das Land wirtschaftlich langsam erholt, daß die Arbeitslosigkeit zurückgeht, der italienische Wechsel steigt und erblüht in dieser Erscheinung sein Verdienst. Daß die Kriegswunden langsam vernarben, sieht er als Folge seiner Politik an. Er sagt sich daher: Mussolini hat dem Lande den wirtschaftlichen Wohlstand gebracht. Der turbulente Faschismus der Provinz stört ihn bei dem Werke des Wiederaufbaus.

In Wahrheit erholt sich das Land nicht durch die Tätigkeit der Regierung, sondern trotz dieser Tätigkeit, weil es große Ressourcen an Gesundheit in sich hat. Es erholt sich trotz des Widerstandes der Befehlshaber, trotz einer „Schulreform“, die allein in Rom 4000 Mittelschüler der öffentlichen Lehranstalt beraubt und die Eltern nötigt, gegen dreifaches Schulgeld ihre Kinder den kirchlichen Schulen anzuvertrauen, trotz der Androhung eines Gesetzes, das die Gelder aller Arbeiterorganisationen der Kontrolle der Polizei unterstellt, trotz der in Aussicht gestellten Unterdrückung der Pressefreiheit. Es erholt sich, weil die Ernten leidlich waren, weil die Auswanderung wieder stark im Steigen begriffen ist, weil sich eine automatische Anpassung an die Krise und daher Rückgang des Lohndruckes vollzieht. Zu sagen: Mussolini baut das Land wieder auf und der lokale Faschismus mit seinem Rabau reißt alles wieder ein, ist blanker Unsinn.

Was sich heute innerhalb des Faschismus abspielt ist im Grunde mit einer Fortsetzung des gleich nach dem Marsche auf Rom begonnenen Kampfes um die Deute; wer in der Zentralregierung untergekommen ist, wie z. B. Rocca, der Vize-Direktor des staatlichen Versicherungsinstitutes ist, nimmt energig Stellung für Ordnung und Disziplin. Diejenigen aber, die durch Befehlswidrigkeit die Regierung dahin gebracht haben, wo sie heute steht, möchten wenigstens in ihrem Machtbereich der Freiheit haben, zu tun und zu lassen, was sie wollen. Heute drohen sie, für jeden im Ausland getöteten Faschisten mehrere Kommunitäten ins Ausland zu senden; morgen verheißt sie, ihre Finanzlage durch die erzwungenen Kontributionen der Grundbesitzer zu regulieren. Sie wollen nicht der Noth sein, der geht, nachdem er seine Schuldigkeit getan.

Natürlich fällt die antifaschistische Presse mit Freuden über den faschistischen Parteisturz her, wie seinerzeit unsere Gegner über unsere Misere sich hermachten. An allen Ecken und Enden tritt aber die Unzulänglichkeit des heutigen Regimes zutage. Wenn die Diktatur nicht hinlangt, die eigne Partei in Ordnung zu halten, wie soll sie es da fertig bringen, ein Land mit 40 Millionen Einwohnern zu regieren?

So erleben wir jetzt eine sehr bedeutende Verstärkung der Opposition. Wegen seines Verhaltens gegenüber dem angekündigten Gesetz gegen die Pressefreiheit mußte der langjährige Präsident des italienischen Presseverbandes, der Senator Barzilai, zurücktreten. Am 29. September haben nun die Reumachen unter den Journalisten des ganzen Landes, soweit sie der Organisationen angehören, stattgefunden und haben eine Niederlage des Regimes landüblich gebracht. Die Regierung hatte den Senator Corradini aufstellen lassen, einen früheren Nationalisten, Schriftsteller von Beruf, dem unlängst der Vorwurf gemacht werden konnte, er sei Aufstacheler der „Munione Adriatica di Sicurtà“, jener großen Triestiner Lebensversicherungsgesellschaft, die ihre Existenz der von der faschistischen Regierung verfügten Aufhebung des Staatsmonopols für Lebensversicherung verdankt. Als Gegenandwidat wagte man keinen Antifaschisten aufzustellen, denn sonst wäre die Sache wohl kaum unblutig abgegangen. Man begnügte sich also mit einem als Anhänger der Pressefreiheit geltenden Faschisten, dem langjährigen Chefredakteur des Giornale d'Italia, dem Senator Bergamini. Dieser ist wirklich mit 338 gegen 279 Stimmen gewählt worden, obwohl, wie die Voce Repubblica meldet, die Professionen der Regierung ungeheurer waren. Namentlich in den Provinzen soll man durch die Präfecten in unglaublicher

# Die Internationale zur Ruhrfrage.

**Vollständige Einigung der französischen, englischen und belgischen Arbeiter mit den deutschen Arbeitern. — Die der sozialistischen und der gewerkschaftlichen Internationale angeschlossenen Arbeiterorganisationen verurteilen auf das Schärfste die Politik Poincarés.**

Das internationale Sozialistische Bureau und das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes hielten am 3. und 4. Oktober in Brüssel gemeinsame Sitzungen ab, um die durch die jüngsten Ereignisse geschaffene internationale Lage zu besprechen.

Auf Antrag der Delegation von Frankreich und Belgien nahm die Konferenz einstimmig die folgende Resolution an:

1. In ihrem beharrlichen Bestreben, einen sicheren und dauerhaften Frieden in Europa herbeizuführen, haben die gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats sich von Anfang an bemüht, eine gerechte und wirksame Lösung des Reparationsproblems zu finden. Die englischen, französischen und belgischen Arbeiter sind in dieser Frage zu einer vollständigen Einigung mit den deutschen Arbeitern gelangt. Namentlich die Resolutionen von Amsterdam und Frankfurt haben dieser Verständigung eine präzise Form gegeben und der Wert dieses Entwurfes ist erwiesen durch die Tatsache, daß sich eine immer größere Einstimmigkeit nicht nur unter Leuten guten Willens aller Kreise und aller Länder, sondern auch der offiziellen Regierungen der interalliierten Regierungen Konferenzen zugunsten aller wesentlichen Bestimmungen dieses Entwurfes kundgibt.

2. Die beteiligten Staaten haben sich jedoch nicht dieser Politik des Friedens und des wahren Wiederaufbaus zugewandt. Während die Arbeiter sich untereinander verständigten, weigerten sich die Regierungen zu einer gegenseitigen Verständigung zu gelangen. Nicht einmal die Vertreter der alliierten Mächte können sich darüber einigen, was von Deutschland gefordert werden soll, und ihr Streit verschärft noch die ohnehin schon so gefährliche Lage Europas.

Endlich sind die Regierungen Frankreichs und Belgiens, entgegen allem Völkerrecht, zur Anwendung der brutalen Gewalt, zu einem förmlichen Kriegsakt geschritten, indem sie unter dem Vorwand einer Verletzung von untergeordneter Bedeutung durch ihre Truppen das Ruhrgebiet besetzen ließen, mehr als hunderttausend Proletarier aus ihren Heimstätten vertrieben, die elementarsten Bürgerrechte unterdrückten, Deutschland in brutaler Weise von seinem wichtigsten Wirtschaftsgebiet trennten, das ökonomische Chaos, Elend, Not und die fürchterlichste soziale Desorganisation heraufbeschworen.

3. Die Arbeiter Frankreichs und Belgiens haben im Einvernehmen mit allen Organisationen der politischen und gewerkschaftlichen Internationalen niemals aufgehört, mit aller Energie gegen dieses Attentat auf das Völkerrecht und auf die elementarsten Rechte der Arbeiterklasse zu protestieren. Sie haben nicht aufgehört, die öffentliche Meinung zu warnen, daß diese schlechte Tat zugleich auch ein schlechtes Geschäft sein würde. Die Resul-

late zeigen, bis zu welchem Grade sie recht hatten. Die Politik Poincarés, mit der die Politik der belgischen Regierung Hand in Hand geht, hat keine Reparationen zutage gefördert. Die „produktiven Wunden“ haben sich als unfruchtbar erwiesen. Die Gewalt hat, wie immer, nichts als Unglück erzeugt. Das Elend in Deutschland hat die Möglichkeit einer Lösung in weite Ferne gerückt und verschärft in der ganzen Welt die ökonomischen Schwierigkeiten. Die politische Krise Deutschlands und das Chaos, von dem es bedroht ist, ist eine Gefahr für ganz Europa. Noch niemals standen wir einer so verhängnisvollen Krise gegenüber. Die ganze Kultur des Westens ist in Gefahr.

4. Die Arbeiterorganisationen warnen das Proletariat aller Länder vor diesen Gefahren. Sie erinnern daran, daß die Gewalt immer wieder die Gewalt erzeugt und daß sie, wenn sie es zulassen, daß dem deutschen Proletariat Gewalt angetan wird, ihrerseits Gefahr laufen, die Opfer nicht nur eines Krieges nach außen, sondern auch der brutalen Diktatur des Faschismus im Innern zu werden. Sie rufen sie auf, ihre Anstrengungen zur Sicherung des Friedens und einer internationalen Verständigung zu verdoppeln und rufen an Amerika den dringenden Appell, seinen vollen Anteil zu nehmen an den Bemühungen der Herstellung des Friedens und des finanziellen und ökonomischen Wiederaufbaues der Welt.

Die Arbeiterorganisationen verurteilen auf das Schärfste die Politik Poincarés und aller jener, die nach der Aufhebung des passiven Widerstandes auf die politische Zerrücktheit Deutschlands und seine ökonomische Vernichtung spekulieren und die Eröffnung von Verhandlungen von immer neuen und immer schärferen Bedingungen abhängig zu machen.

Sie rufen das Weltproletariat in diesem kritischen Moment zur höchsten Wachsamkeit und fordern es auf, sich für folgende unmittelbar dringende Notwendigkeiten einzusetzen:

1. Die Sicherung der Rückkehr der Ausgewiesenen aus der Ruhr und die Amnestie für alle, die deshalb verurteilt wurden, weil sie sich geweigert haben, die Befehle der Besatzungsbehörde durchzuführen.
2. Die Wiederherstellung ungehemmter Verbindungen zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet Deutschlands.
3. Die Zurücknahme der den deutschen Beamten auferlegten Verpflichtung, den Besatzungsbehörden den Treueid zu leisten — eine Verpflichtung, gegen die die Bevölkerung der während des Krieges besetzten Gebiete den energigsten und berechtigtesten Protest erhoben hat.
4. Die sofortige Aufhebung der Verhandlungen zwischen Deutschland und den alliierten Mächten ohne irgendwelche neuen Bedingungen.

Weise zugunsten Corradinis gewirkt haben. Unter den Gewährten befindet sich auch ein notorischer Antifaschist, der römische Korrespondent der Turiner Stampa.

Die Regierung sieht aus dieser Wahl, daß man alles doch nicht auf dem Wege der Diktatur machen kann und daß es auf die Dauer doch bequemer ist, die Menschen für sich selbst sorgen zu lassen, als ihnen Vorsehung zu spielen. Mussolini wird noch recht oft Gelegenheit haben, bei seiner Gottähnlichkeit bange zu werden. Sollte sich die Regierung gar nicht um die Wahl des Präsidenten des Presseverbandes gekümmert, so hätte sie heute keine Niederlage zu verzeichnen.

## Ausland.

### Der spanische Militärputsch und die Sozialisten.

Die sozialistische Partei und die Gewerkschaftszentrale Spaniens haben, in der Zeit zwischen dem Ausbruch der Unruhen und der formellen Suspension der Verfassung, ihre Stellungnahme in einem Manifest, datiert vom 13. September, formuliert und im „El Socialista“ vom 14. September veröffentlicht. Dieses Manifest, das von Pablo Iglesias, dem Vorsitzenden der Partei einerseits und Julian Besteiro, dem zweiten Vorsitzenden der Gewerkschaften, und Francisco Largo Caballero, ihrem Sekretär andererseits unterzeichnet ist, wurde unmittelbar nach Kenntnisnahme der Ereignisse in Barcelona, in früher Morgenstunde verfaßt.

Es standen damals nur wenige Nachrichten zur Verfügung, aber sie genügten, wie das Manifest sagt, „in Zusammenhang mit jenen Vorfällen, die zu dem Zustand geführt hatten, den wir den Charakter dieser sonderbaren Bewegung aufzuzeigen“. Das Manifest lehnt „jede Schönfärberei ab, da dies in einem Momente, wo ein Militäraufstand als Sieger hervortritt, wenig denkbar wäre“. Das Manifest wendet sich vor allem gegen die bis dahin im Amte gewesene Regierung und erklärt: „Kein Band der Solidarität, nicht die Spur einer politischen Sympathie verbindet uns mit den Männern, die in dieser Regierung sitzen. Sie verdienen nichts als unsere bittersten Vorwürfe für die unähligen unerhörten Wahlverbrechungen, so ist in erster Linie für die trügerische Hoffnung, die sie bezüglich der marokkanischen Frage, die die ganzen Anstrengungen unserer Landes-

erschöpfte, ertrocken, indem sie vorgaben, sie, wenn nicht einer gänzlichen Lösung, so doch einer Entspannung zuzuführen.“

Nun wird gezeigt, wie dieses schwankende und widerspruchsvolle Vorgehen der Regierung sich am klarsten in dem Mangel an Kraft, den Druck der gegnerischen Kräfte standzuhalten, enthielt. „Diese gegnerischen Kräfte kommen nun in schamloser Weise in voller Öffentlichkeit zum Ausdruck, das Volk sieht sich einem militärischen Aufstand gegenüber, der die militärischen Aktionen, die im Laufe der letzten vierzehn Jahre nichts als blutigste Verluste gebracht haben, noch intensiver gestalten will. Diese militärischen Rebellen wollen unserem Lande gerade das aufzwingen, was es immer verworfen hat. Darum muß ihnen das Volk jede Unterstützung versagen. Die Haltung der arbeitenden Massen, an die wir uns hier direkt und durch unsere Organisationen wenden, muß unentwegt die gleiche bleiben: der Aufstand, der von Generalen aus der Umgebung des Königs geführt wird und der vielleicht für die Regierungsfreiheit, keineswegs aber für den königlichen Palast in Miramar überraschend kam, darf in keiner Weise unterstützt, sondern muß im Gegenteil isoliert werden.“

Das Manifest warnt die Arbeiterschaft, irgend einen Schritt ohne das Einverständnis mit der Partei und den Gewerkschaften, „die im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortung, ihrer Meinung immer unverhüllt Ausdruck geben werden“, zu unternehmen. Und ebenso fordert die offizielle Verlautbarung der Partei und Gewerkschaften, die zwei Tage später, am 15. September erschien und von dem Parteifreisetar Saborit und dem Gewerkschaftsfreisetar Caballero unterzeichnet ist, die die Resolution vom 13. gutheißt, „die Arbeiterschaft neuerlich dringend auf, in keiner wie immer gearteten Weise aktiv einzugreifen, mögen auch Angehörige in bester Absicht oder Provokateure mit geschickt gelegten Fallcn zur Tat auffordern, die nur den Vorwand für Gegenmaßnahmen liefern würden, auf die die Reaktion schon lauert.“

Die sozialistische Partei Spaniens steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß es in diesem Augenblicke keine Möglichkeit der Gegenwehr gebe, daß ein Streik nur zu einer sicheren Niederlage führen könnte und überhaupt jede Gegenaktion, da sich die liberalen Kräfte des Landes gegen die triumphierenden Rebellen der Militärpartei nicht zur Wehr setzen, nur zur Opferung von Menschenleben führen würden, ohne irgend einen Erfolg zu erzielen.

## Inland.

### Nationalsozialistische Arbeiterfreundschaft.

In der am Freitag, den 5. Oktober in Joachimshof abgehaltenen Sitzung der Stadtvertretung schlugen die Sozialdemokraten eine Resolution zur Annahme vor, durch die der Bergarbeiterchaft in ihrem Lohnkampfe vollster Erfolg gewünscht und die Sympathie ausgesprochen wurde. Außerdem beantragten unsere Genossen, die Stadtvertretung möge zur Unterstützung der Bergarbeiter einen Betrag aussetzen und in der Stadt eine Sammlung einleiten. Gegen diesen Antrag wandten sich die Gewerbetreibler: ihr Redner sagte, die Annahme des Antrages wäre von „schwerwiegender“ Bedeutung und bedürfte erst einer „eingehenden Beratung“. Diesem Verschleppungsmanöver stimmte natürlich auch der Vertreter der deutschen Nationalpartei zu. Unsere Genossen beharrten auf der Abstimmung in der Voraussetzung, daß, wenn die zwei nationalsozialistischen Stadtvertreter darunter auch der Obmann der nationalsozialistischen Ortsgruppe von Joachimshof für den Antrag stimmten, die Majorität gegeben sei. Als nun zur Abstimmung geschritten wurde, entpuppten sich die Nationalsozialisten als das, was sie sind, als Schädiger der Arbeiterschaft. Sie gaben ihre Stimmen für den Verschleppungsantrag der Bürgerlichen ab. Damit war der Antrag der Sozialdemokraten abgelehnt.

Das Verhalten der Nationalsozialisten zeigt so recht ihre „Arbeiterfreundlichkeit“. Im Duzer „Tag“ versicherten sie, allerdings vor den Wahlen die Bergleute ihrer Sympathie, aber dort wo es gilt eine Tat für die kämpfenden Grubenflaven zu setzen, freilich nach den Wahlen, kniffen sie aus. Diese Abstimmung der Nationalsozialisten wird aber auch eine gute Zeile haben: sie wird mit dazu dienen, jenen Arbeitern, die an das nationalsozialistische Joch glauben, ein wenig die Augen zu öffnen.

Was sie alle wünschen möchten. Mit einer herzerquickenden Einmütigkeit fassen die tschechischen und die deutschen Bürgerblätter in den letzten Wochen täglich vom bevorstehenden Untergang der deutschen Sozialdemokratie, den sie ja schon seit dreißig Jahren nicht müde werden zu prophezeien. Was dem deutschen Agrarier recht ist, ist dem tschechischen Agrarier billig, und darum bläst auch der „Beet“, das Abendblatt des tschechisch-agrarischen „Venkov“ in das Lagerhorn der Krepek, Lodgman und Jung und „melde!“:

„Die deutschen Sozialdemokraten laufen aus ihren Organisationen davon. Der Minister der Sozialdemokraten bei den letzten Gemeinderatswahlen hat eine Massenflucht aus den sozialdemokratischen Organisationen zur Folge. Eine besonders starke Flucht hat in Nord- und Westböhmen eingesetzt.“

Wir sind von den Regierungsblättern allerhand gewöhnt; aber faulhühner Lügen sollte sich das Blatt des Herrn Ministerpräsidenten Svoboda denn doch schämen. Aber vielleicht haben diese bestinformierten Leute zu Ohren bekommen, daß insbesondere seit den Wahllampftagen ein erfreuliches, starker Wind durch alle unsere Organisationen — nicht nur durch die in Nord- und Nordwestböhmen — weht, daß unsere Parteikörper fester, widerstandbereiter dastehen denn je, und daß sie Kraft in sich fühlen, gegen die gesamte internationale Bürgerfront der Tschechoslowakei zum Kampfe anzutreten. Und weil der tschechischen und deutschen Bourgeoisie diese Tatsache höchst unangenehm ist, machen sie ihren vergeblichen Wunsch zum Vater des Gedankens von der „Massenflucht“.

Das Deflationsbudget. Im Leitartikel befaßt sich der „Venkov“ mit dem Ende des Bergarbeiterkampfes und kommt zu folgenden Schlüssen: Die Preise der Kohlen werden durchschnittlich um 20 Prozent billiger sein, unsere Bergarbeiter werden, hoffen wir, voll beschäftigt sein, unsere Industrie wird imstande sein, die Produktion zu verbilligen und die Preise auf dem inländischen Markte herabzusetzen, was — hoffen wir — das Aufhören der Arbeitslosigkeit und für den Staat eine Ersparnis von einer schönen Reihe von Millionen für sachliche Ausgaben bedeutet. Und diese Ersparnis bedeutet die Möglichkeit der Erfüllung eines weiteren wichtigen Gliedes des Programms der Regierung Svobla: sie bedeutet, daß die Vermählungen, mit denen eben in diesen Wochen das erste Deflationsbudget der Republik vorbereitet wird, von Erfolg gekrönt sein werden. Denn eine 20prozentige Herabsetzung der Kohlenpreise ist eine Garantie dafür, daß der Staat im nächsten Jahre werde soviel ersparen — ohne an die Bezüge seiner Angestellten zu rühren — und gleichzeitig infolge der Vermehrung der Produktion und der Behebung des Marktes um so viel mehr einnehmen können, um nicht nur sein künftiges Budget im Gleichgewicht zu erhalten, sondern auch seine Gesamtrechnung um drei bis vier Milliarden herabzusetzen.

Übermaß konstatiert wurde die Sonntagsausgabe des Karlsbader „Volkswille“. Der Beschlagnahme verfiel, diesmal ein Titel des Leitartikels, der sich mit dem Warten des Karlsbader Jenfors im Blatte vom Vortage beschäftigte. Es ist unerhört, daß unser Karlsbader Parteiblatt an zwei einander folgenden Tagen der Konfiskation verfiel und zwar das zweitemal deswegen, weil es eine Kritik des Jenfors selbst wagte. Der Jenfors muß also die legendäre Institution der Zensur dazu aus, seine geheiligte Person vor dem Zugriff der Kritik zu schützen. Wie stellt sich der Herr Justizminister zu dieser Tatsache. Oder sollte vielleicht der Karlsbader Jenfors durch den Wajestätsparagrafen geschützt sein?

Beabsichtigte Änderung in der Steuerföschung zeigt das „Krajo Lidu“ an, so sollen



bei der Bodensteuer die alten und ungleichmäßigen Katastralgebühren neu geregelt werden. Die Erwerbsteuer soll beabzweckt werden, um eine Steuerbelastung zu verhindern. Bei der Hauszinssteuer soll ebenfalls eine Herabsetzung auf acht Prozent des reinen Ertrages erfolgen, bei der Hauslastensteuer sollen die Steuerbefreiungen für größere Gebäude verringert werden. Die sogenannten Kriegszuschläge zur Rentensteuer dürfen verschwinden und eine neue Vermögenssteuer, aber erst mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1926, soll eingeführt werden.

**Bürgermeisterwahlen in Wandsdorf.** In der konstituierenden Sitzung der Wandsdorfer Gemeindevorstellung wurde der deutsch-nationale Fabrikant Karl Richter zum Bürgermeister und Genosse Josef Götth zum ersten Vizebürgermeister gewählt.

**Im nächsten Jahre Bauwahlen.** Die Bauwahlen in Böhmen, Mähren und Schlesien sollen im nächsten Jahre nach Beendigung der Erntearbeiten durchgeführt werden. Sie sollen im Monate September stattfinden. Der Umwärtung der Gane soll eine Novellierung des Ganges vorangehen. — Auch die Frage der Parlamentswahlen in Karpathenland ist in ein amtes Stadium getreten. Das Datum der Wahlen in Karpathenland soll noch diesen Monat festgesetzt werden.

**Die interministerielle Kommission für den Preisabbau** hält am Donnerstag, den 11. Oktober eine Beratung ab, die folgendes Programm enthält: 1. Aktion gegen die Erhöhung der Miete von Kohlenlagern auf den Bahnhöfen. 2. Herabsetzung der Kohlenpreise im Groß- und Kleinhandel. 3. Aktion gegen die Erhöhung der Miete in den Bahnhofsrestaurationen. 4. Herabsetzung der Preise für Fahrkarten und Abonnementfahrkarten, der Transportgebühren, einschließlich der Gebühren für Gepäck. 5. Herabsetzung der Preise für Kunstdünger.

**Ein deutschsozialistischer Bürgermeister geht mit der Gemeindefassa durch.** Unter diesem Titel berichtete die „Narodni Demokracie“ vor wenigen Tagen, daß in Neugarten bei Böhmischem Leipa ein deutschsozialistischer Bürgermeister namens Bernard mit der Gemeindefassa verschwunden sei. Demgegenüber stellen wir fest, daß Bernard mit der sozialdemokratischen Partei seit der Spaltung im Jahre 1921 in keiner Verbindung mehr steht und Mitglied der kommunistischen Partei ist. Ueber den Fall selbst ist uns bekannt, daß Bernard Gemeindegelder veruntreut hat. Die Höhe der Veruntreuungen kann noch nicht festgestellt werden, da eine Revision in Neugarten bisher nicht stattgefunden hat.

## Tages-Neuigkeiten.

**Standortler Betrug an Angestellten.** Das Exportgeschäft Buzia und Bunzel in Gablonz hat seit einigen Monaten im Ausgleichtverfahen. Das Unternehmen, das 40 Angestellte beschäftigt, hat seine Angestellten nach der Konkursklärung nicht sofort entlassen, zahlt ihnen aber seit Juli keinen Gehalt mehr aus. Der Inhaber des Geschäftes, Herr Bauer, gab seinen Angestellten Mitte Juli den Junigehalt und seither haben die Angestellten nichts mehr bekommen. Alle Interventionen bei den zuständigen Behörden waren bisher ergebnislos. Das Ansuchen, den Angestellten einen Voranschlag auf den Gehalt von den Bankguthaben auszuzahlen, ließen die Banken unbeachtet. Die Angestellten befinden sich daher im größten Elend und müssen natürlich seit Monaten von ausgeborgten Geldern leben. Herr Bauer selbst lebt aber noch heute auf großem Fuße, hat ein Automobil zur Verfügung und fürchtet für seine Person nichts, da in den Banken gute Sicherstellungen vorhanden sind. Herr Bauer hat den Angestellten die Krankenkassen- und Pensionsversicherungsbeiträge wohl abgezogen, sie jedoch nicht abgeführt. Die Bezirkskrankenkassa Gablonz hat deshalb Herr Bauer bereits gerichtlich aufmerksam machen lassen, wie solche Gelder zu verwalten und zu verwenden sind. Die Behörden und Gerichte haben es aber nicht eilig, diesem unglaublichen Skandal eine Ende zu machen und die Angestellten können weiter hungern und so die Kosten des Ausgleichtsverfahrens tragen.

**Große Ereignisse in kleiner Zeit.** Das republikanische Schachschloß Prekurauc meldet aus Budapest: Der ältere Sohn des Erzherzogs Joseph hat sich mit der Prinzessin Anna von Sachsen, der Tochter des ehemaligen Königs Friedrich August verlobt. (Es ist wirklich rührend, mit welcher Teilnahme das Prekurauc allen allerhöchsten Familienereignissen in der zweiten Nachbarschaft folgt. Soll man ihm ernstlich böse sein, daß für ihn der Josef-Ant-Habsburg noch immer ein Erzherzog ist?)

**Aus deutschem Elend geborene Romantik.** Einem reichsdeutschen Bruderblatt wird von der Wese geschrieben: Bang ist es her, daß die Wese auf ihrem Rücken so große und viele Flüsse trug. Es gibt schon, in die Zeit des ersten Jahrzehntes unseres Jahrhunderts zurückzuwandern und damalige Bilder vor Augen zu führen. Gewaltige Baumstämme, kunstvoll geschnitten und verkleidet, schimmern auf dem Strom. Von sicherer Hand geführt. Ein Häuslein, in dem der Führer mit seinen Leuten, oft auch mit seiner Familie wohnt, ist aufgesetzt, und von seinem kleinen Mast flattert ein Fähnlein. So kamen auf der Soale die Bäume vom Fichtelgebirge herab und zogen der Elbe zu. So trug die Werra die Stämme vom Thüringer Walde und der Rhön abwärts ins norddeutsche Tiefland, bis sich der Güterverkehr der Eisenbahn billiger stellte als der mühsame wochenlange Wasserweg. Die Eisenbahnstraßen haben nun solche Höhe angenommen, daß der Fuhrmann, der sonst aus-

# Ein offener Betrug der deutschen Agrarier.

## Die „Deutsche Landpost“ als Schwindlerin.

Die „Deutsche Landpost“, das Hauptorgan des „Bundes der Landwirte“, veröffentlichte am Sonntag eine „halbamtlliche“ Aufstellung der Wahlergebnisse, die sie mit dem scheinenden Titel verfab: „Der Bund der Landwirte“ — die stärkste deutsche Partei! Einleitend bemerkt das Blatt, daß diese „beiläufige Uebersicht“ im Innenministerium im Laufe der vergangenen Woche aufgestellt wurde. Nach dieser Statistik beträgt die Stärke des B. d. L. „vorläufig“ 268.065 Stimmen, der damit „an der Spitze aller deutschen Parteien marschieren“, zumal Kompromißlisten und Nichtwahlen nicht berücksichtigt seien. Die deutsche Sozialdemokratie, die nach dieser „halbamtllichen Aufstellung“ nur 10.000 Stimmen mehr als der „Bund der Landwirte“ hat, würde von diesem „auf Grund der früheren und noch folgenden Wahlen“ überflügelt.

Demgegenüber stellen wir fest: sowohl mit dieser „halbamtllichen Aufstellung“ des Innenministeriums aus der Vorwoche als auch mit der Auslegung dieser Statistik hat sich die „Deutsche Landpost“ eines offen zutage liegenden Schwindels schuldig gemacht.

Zunächst ist es eine bewusste Lüge, aufgestellt zur Irreführung der Deffentlichkeit und um diese für diese „Statistik“ gläubiger zu machen — daß diese „halbamtlliche Aufstellung“ in der Vorwoche vom Innenministerium durchgeführt wurde. Wahr ist, daß die „halbamtlliche“ Aufstellung aus der „Reforma“, einem unbedeutenden scheidenden Blatt, stammt, die sie am 22. September, also vor fünfzehn Tagen veröffentlichte. Die „Deutsche Landpost“ erstreckt sich, diese „Statistik“, die, wie wir zeigen werden, gar keine ist und die im Laufe der letzten drei Wochen schon von der gesamten deutschen und tschechischen Presse, unter Bezeichnung der größten Reserve gegenüber dieser Aufstellung, wiedergegeben wurde, jetzt als eine „halbamtlliche“ Festsstellung des Innenministeriums abzubringen! Aus dieser Tatsache allein geht schon die Verlogenheit und Schwindelhaftigkeit des landwirtschaflichen Zentralorgans hervor, das durch die Verpöbelung einer amtlichen Zählungsergebnisses die falschen Ziffern zu Ansehen bringen will.

Kun aber sehen wir uns die famose Statistik selber an, deren Verlässlichkeit man schon daraus erkennen kann, daß sie eine ganze Partei, nämlich die der deutschen Nationalsozialisten, überhaupt ignoriert. Die „Statistik“ zerfällt in zwei Teile. Der erste stellt die auf die einzelnen Parteien am 16. September 1928 abgegebenen Stimmen fest; danach erhebt er beispielsweise die deutschen Sozialdemokraten insgesamt 256.852, der Bund der Landwirte 112.027 Stimmen. Daß

stufen war, wieder Herr der Landstraße wird, nur in Konkurrenz mit dem Kraftwagen, und auch der Führer ist wieder da. In nichts hat sich das Bild von damals geändert. Ausbaggerungen der Werra und ein ziemlich hoher Wasserstand begünstigen die Wiederkehr der alten Zeit. Dieser Tage kamen nicht weniger als zehn Holzflöße die Werra abwärts in die Wese, der, nachdem „Saison“-Schluß und hohe Kohlenpreise den Dampferverkehr zum Einstellen brachten, ein geradezu romantisches Gepräge gegeben ist. Staunend blickten die sich bunt färbenden Bergwälder und die geborstenen Burgen auf den Strom herab.

**Die verschütteten Grubenarbeiter in Schottland.** „Daily News“ melden, daß verschiedene Personen versuchen wollen, den vor zwei Wochen in den Gruben von Falkirk verschütteten Bergleuten, von denen man glaubt, daß sie sich noch am Leben befinden, Lebensmittel zu überbringen. Die Rettungsmannschaft macht verzweifelte Anstrengungen, um zu ihnen zu gelangen.

**Schießendes Monarchistengesindel.** Gestern fand, wie uns aus Wien berichtet wird, das Leichenbegängnis des verstorbenen Monarchisten Opiela statt, woran sich die Führer der Monarchisten und der „Ostara“-Banden beteiligten. Nach dem Leichenbegängnis stiegen sieben „Ostara“-Leute in einen Straßenbahnwagen ein, worauf einige Arbeiter bemerkten: „Aber heute werdet ihr nicht schießen!“ Diese Bemerkung veranlaßte einen von ihnen, den Revolver zu ziehen, und, zusammen mit seinen Begleitern, auf zwei ganz unbeteiligt Leute zu stürzen und diese vom Wagen hinunterzuwerfen, worauf der eine Falenkreuzer noch einen Schuß abfeuerte. Durch diesen Schuß wurde ein Kriminalbeamter, der auf dem Vorderwagen der Elektrischen stand, am Kopf verletzt und außerdem noch zwei ganzlich unbeteiligte Jürgäste verwundet. Die Banditen stürzten sodann, wurden aber von den Arbeitern bis in ein Hausstor verfolgt, wo es der Polizei gelang, sie zu verhaften.

**Falenkreuzer - Komitatssch.** Aus Wien wird uns gemeldet: Montag um acht früh erschienen in der Bezirkskrankenkassa in Feldkirchen in Rärnten Falenkreuzer und forderten den von der Landesregierung bestellten provisorischen Leiter der Kasse auf, ihnen die Kasse sofort zu übergeben. Dieser weigerte sich anfangs, mußte sich aber schließlich der Gewalt fügen. Die Falenkreuzer gaben ihm die Zusicherung, daß seine Person geschützt werden würde, erklärten jedoch, eine Garantie für die persönliche Sicherheit des Obmannes der Kasse nicht übernehmen zu können; wenn die Arbeiter es verlangen sollten,

löste ein agrarischer „Statistiker“ — von kein günstigeres Verhältnis für die Landwirtschaf herausmultiplizieren konnte, war den hiesigen Agrariern begrifflichsweise unangenehm. Drum griffen sie zu einem plumpen Schwindel und fügten der ersten Statistik eine zweite an, die die „Landpost“ folgendermaßen überschreibt:

„In Orten, wo eine Wahl infolge Einigung der Parteien entfiel, errechnete das Innenministerium folgende Stimmengahlen.“

Zunächst ist die Verfassung auf das Innenministerium nichts anderes als die Wiederholung der oben angepöbelten Lüge. Das Innenministerium errechnete gar nichts und die „Landpost“ druckte auch diesen Teil aus der „Reforma“ vom 22. September ab. Die abgedruckten Ziffern aber sind ein aufgelegter Schwindel, da man aus Orten, wo die Wahl entfiel, nur die Mandate, niemals aber die Stimmen zusammenzählen kann. Die „Landpost“ jedoch bringt auf solche Weise, der „Reforma“ folgend, 149.998 landwirtschafliche Stimmen zusammen; während sie den deutschen Sozialdemokraten nur 15.949 Stimmen überläßt! Diese Zahlen sind erdunken und erlogen; aber die „Landpost“ braucht sie, um vor ihren Wählern die Tatsache zu verschleiern, daß nach der eigenen Statistik der „Landpost“ am 16. September die deutschen Sozialdemokraten weit mehr als doppelt soviel Stimmen wie der „Bund der Landwirte“ (256.852 : 112.027) auftrahle.

Nicht genug damit, daß die „Landpost“ mit Hilfe erdunkener Stimmengahlen aus Kompromißlisten und Nichtwahlen 268.065 agrarische Stimmen erlegt, verleiht sie noch die Unverschämtheit, ihren Lesern einzureden, daß diese Stimmengahlen noch höher wäre, wenn sie „Kompromißlisten“ und „Nichtwahlen“ berücksichtigt würde. Das heißt: wenn die deutschen Agrarier die tatsächlich nicht erhaltbaren Stimmen aus Kompromißwahlen noch einmal zu ihren 112.027 Stimmen zuzählen, wären sie bestimmt stärker als die deutschen Sozialdemokraten, wenn wir nicht im mindesten zweifeln.

Resumierend stellen wir fest, daß die „Deutsche Landpost“, den Namen des Innenministeriums mißbrauchend, das Wahlergebnis — wie uns gestern nochmals direkt mitgeteilt wurde — noch überhaupt über keine Statistik verfügt, erlogene Ziffern über das Wahlergebnis veröffentlichte. Diese Handlungsweise charakterisiert sich selber als journalistische und politische Unverschämtheit. Daß die Partei des „Bundes der Landwirte“ diesen Schwindel und Betrug mit ihren Wählern, so erscheinend uns damit das Bild der deutschen Agrarier als einer Partei, die vor der niedrigsten Demagogie und Lügenfabrikation nicht zurückweicht, vervollständigt.

ihnen die Kasse zu entreißen, würden sie mit dem Heimatschutz aufmarschieren. Die Anzeige gegen die Falenkreuzer wurde erstattet und der Landeshauptmann Genosse Kröger verfügte, daß die Expositur der Bezirkshauptmannschaft in Feldkirchen zu veranlassen habe, daß der frühere Zustand wieder hergestellt werde.

**Der „Apostel“ Häußer gestorben.** In einem Eibenburger Gefängnis ist dieser Tage der „neue Christus“ und „Wanderapostel“ Louis Häußer gestorben. Häußer der 42 Jahre alt wurde und seinerzeit Kellameister einer französischen Sektfirma war, hat seit November 1918 viel von sich reden gemacht. Seine wirren Lehren von einem „neuen Christentum“ verbreitete er in Versammlungen, Plakaten und einer Zeitung, die sich „Häußer“ nannte. „Er“, wie ihn seine Anhänger nannten, hatte anfangs großen Zulauf und konnte ungläubliche Eintrittspreise bei seinen Versammlungen verlangen. Doch bald ließ sich Häußer verschiedene stützliche Vergehen zuschulden kommen und hatte des öfteren mit den Gerichten zu tun. Auch eine Irrenanstalt beherbergte ihn durch mehrere Monate. Die behördlichen Nachforschungen ergaben, daß Häußer vor 20 Jahren in Paris großzügige Schwindeleien verübt hatte und im Kriege wüsten der Deutschenhasser gewesen ist. Im Jahre 1920 stand dann Häußer im Mittelpunkt eines großen Skandals. Es gelang ihm durch Suggestion die Tochter des verstorbenen Abministratorabchefe Bohl an sich zu fesseln, die ihm dann nur mit Mühe wieder entwischt werden konnte. Bei einem Versuch, das Mädchen aus einer Pflanzenschule gewaltsam zu befreien, wurde Häußer damals verhaftet, bald jedoch wieder freigegeben. Als er sich dann in seiner Zeitung „Vollstaefer“ nannte, war es jedem klar, daß er geistesgeheert sei. Als er dann einen großen Silberdiebstahl verübte und mehrere Devisenschiedungen ins Ausland versuchte, wurde er im März in Eibenburg ins Gefängnis gebracht, wo die Laufbahn dieses sonderbaren „Heiligen“

**Bau eines sozialdemokratischen Kinderheimes.** In Ruzsice in Nordtirol bauen unsere Genossen gegenwärtig ein eigenes Arbeiter- und Kinderheim. Sie haben das Landhaus Forster im Aurachergarten angekauft und gedenken dort an Stelle der verschiedenen Zubauten, welche sie niederreißen, einen großen Saal erstehen zu lassen.

**Schwere antisemitische Ausschreitungen in Beuthen.** In Beuthen (Oberschlesien) wurden Samstag abends alle jüdisch aussehenden Personen überfallen und mißhandelt. Die Straßen wurden gesperrt und jeder Passant kontrolliert, ob er Jude sei. An den Ausschreitungen beteiligten sich etwa 600 Leute, die antisemitischen Kampfbundangehörigen. 15 bis 20 Personen wurden teilweise schwer verletzt. Die Aus-

schreitungen dauerten bis in die späte Nachtstunde. Die Schutzpolizei griff ein, ohne jedoch Verhaftungen vornehmen zu können.

**Millierand begnadigt sieben Deutsche.** Wie die „Agence Havas“ berichtet, hat der Präsident der französischen Republik Millierand am 4. Oktober die Todesstrafe, die am 20. Juni wegen Sabotage gegen sieben Deutsche vom Kriegsgericht in Mainz verhängt wurde, in lebenslängliche Zwangsarbeit (1) umgewandelt.

**Ein deutsches Gymnasium in Laibach.** Auf Ansuchen der deutschen Abgeordneten in Jugoslawien hat das Unterrichtsministerium eingewilligt, noch im Laufe des Oktober ein deutsches Gymnasium in Laibach zu errichten.

**Ein Budapestter Vorort ohne Licht.** Die Stadt Neupest, der größte Vorort von Budapest, war Samstag von 6 Uhr abend bis Mitternacht in vollständige Finsternis gehüllt, da die Elektrizitätsgesellschaft „Béhus“ die Abstellung des elektrischen Lichtes in der ganzen Stadt angeordnet hatte, weil sie vom Stadtmagistrat den verlangten größeren Voranschlag auf den zu liefernden Strom nicht bewilligt erhielt. Erst als der Generaldirektor der Gesellschaft von der Polizei stellvertretend gemacht und auf die strafrechtlichen Folgen einer solchen Exzession aufmerksam gemacht worden war, wurde die Beleuchtung nach halb ein Uhr wieder eingeschaltet.

**Panikgenen in der Synagoge von Rijeka.** Aus Rijeka wird gemeldet, daß in der dortigen Synagoge infolge des plötzlichen Ausflusses des Lichtes und des Rufes, daß es brennt, eine Panik entstand. Circa 60 Personen wurden niedergetreten, circa 100 verletzt.

**Ein Antrag auf Einführung der Zwangsheute.** Nachdem schon vor längerer Zeit in Anatolien Verreibungen im Gange waren, zur Erzielung einer stärkeren Volksvermehrung die Zwangsheute einzuführen, hat der Abgeordnete von Erzerum für die Nationalversammlung in Angora, Sahli Efendi, einen Gesetzesentwurf eingebracht, der die Zwangsheute für Anatolien obligatorisch erklärt. Der Abgeordnete begründet seinen Antrag damit, daß die fortgesetzten Kriege das Land so entvölkert haben, daß auf den Quadratkilometer heute nur noch zehn Bewohner einzulassen. Es sei demnach eine unbedingte Notwendigkeit für die Wiederbevölkerung des Landes energische Maßnahmen in Anwendung zu bringen. Deshalb solle jeder junge Mann, der das 28. Lebensjahr erreicht hat, gesetzlich angehalten, eine Frau zu nehmen, und dafür zu sorgen, daß diese zumindest alle drei Jahre ein Kind zur Welt bringt. Die Eheschließungen sollen ohne kostspielige Feste und Feste erfolgen. Nach der Berechnung Sahli Efendis würde die türkische Bevölkerung nach Durchsührung des Gesetzes in 25 Jahren eine Steigerung von acht Millionen auf 48 Millionen Köpfe erfahren.

**Der Zentralverband der tschechischen Kranken-** lassen macht darauf aufmerksam, daß in den Tageszeitungen die Meldung gebracht wurde, daß eine Dienstbotenkrankenkasse gegründet wurde, die einen Beitrag von 12 K monatlich erhebt. Der Verband weist darauf hin, daß die Anmeldung bei dieser neuen Kasse die Dienstgeber nicht der Pflicht enthebt, ihre Dienstmädchen bei der zuständigen Bezirkskrankenkasse anzumelden. Nach § 1 und 3 des Gesetzes vom 15. Mai 1919 unterliegen die Dienstmädchen der Krankenversicherung und müssen bei der zuständigen Bezirkskrankenkasse angemeldet werden. Es ergaben sich daher diejenigen, die ihre Dienstmädchen bei der neuen Kasse anmelden, in die Gefahr, die Beiträge für ihre Dienstmädchen doppelt zahlen zu müssen.

**Ein jetzt blühender Apfelbaum.** In Teplitz in Mähren entdeckte der Hausbesitzer S. A. Freibing dieser Tage an einem Apfelbaum seines Gartens drei volle Blüten. Der Baum, der so eigenmächtig die Gesetze der Jahreszeiten mißachtet, hat noch nie Früchte getragen; er steht noch in vollem Laub, während die anderen Bäume des Gartens schon herbstlich entblättert sind.

**Neizehn Bismarcken erlegt.** Dem stiftlichen Revierjäger Johann Schönberger in Arcumünster gelang es, innerhalb einer Woche nicht weniger als 18 Bismarcken zu erlegen. Alle wurden in den Schacherteichen erbeutet.

## Prager Chronik.

### Aus dem Polizeibericht.

Dieser Tage verhaftete die Gendarmerie in Gradischko (Bezirk Weinberge) den 33jährigen Rudolf Klinger, der sich am 1. Juli in Szogama einlogierte und eine umfangreiche Geschäftstätigkeit entfaltete. Er unternahm Reisen nach Prag, wo er sich bei verschiedenen Firmen als Großkaufmann und Besitzer einer Villa in Szogama ausgab und von der großen Zahl seiner Reisenden, seinen Millionenumfagen erzählte. Es gelang ihm, Waren auf Kredit zu erhalten, die er sich nach Szogama schicken ließ, wo er sie aus „freier Hand“ verkaufte, ohne den Lieferanten etwas zu bezahlen. So entlockte er in verschiedenen Städten Böhmens Waren im Werte von mindestens 100.000 K. Im August und September entlockte Klinger dem Kaufmann Thal in Prag Geschäftsbücher für 9000 K und verkaufte sie unter dem Preise. Die Firma Dzwald in Prag schädigte er um 20.000 K für gestelltes Papier und die Firma Stein in Prag um 8000 K. Außerdem schädigte Klinger noch eine ganze Reihe weiterer Engrosfirmen um namhafte Beträge. Die Geschädigten haben gegen Klinger die Strafanzeige erhoben. Klinger befindet sich beim Landesstrafgerichte in Prag in Haft. — Bei einer polizeilichen Razzia, die in der Nacht auf gestern auf der Alt- und unteren Neustadt in Prag vorgenommen wurde, wurden 68 Weiber und 15 Männer angehalten.



# Kleine Chronik.

**Pasteurs erster Patient.** Vor einigen Tagen starb bei Paris ein früherer Diktandname namens Jupille, der zu einer eigentümlichen Verhütung gelangte. Als sechsjähriger Bursche wurde er im Jahre 1885 von einem tollwütigen Hund gebissen, als er eine Schär Kinder gegen das Tier zu schützen versucht hatte, und rang in den letzten Tagen mit dem sicheren Tode. Kurz vor dem Tode jedoch Pasteur seine Experimente zur Niederringung der Tollwut — allerdings bis dahin nur an Tieren — erfolgreich abgeschlossen. Jupille war nun der erste Mensch, an dem Pasteur sein Heilverfahren anwandte. Der Erfolg war durchschlagend. Der Erstfinder nahm den von ihm getriebenen jungen Mann zu sich als Diener und Pfleger des Pasteur-Instituts in Paris, wo er bis kurz vor seinem jetzt erfolgten Tode blieb.

## Nach dem Bergarbeiterstreik. Revierrätekonferenz in Odrau.

Die Kommunisten überfallen den Sekretär Beda. — Die Prager Vereinbarungen angenommen.

**Mähr.-Odrau, 7. Oktober.** (Sch. B. P.) Heute vormittags neun Uhr sollte im Arbeiterhaufe in Lapp eine Revierrätekonferenz der Mitglieder der Betriebsräte und der Gruppenvorsitzenden stattfinden. Es kamen gegen 450 Delegierte zusammen. Als deren Sekretär des Bergarbeiterverbandes Beda sein Referat begann, singen die kommunistischen Delegierten an zu singen und in den Sitzungssaal drang eine Gruppe Kommunisten ein, die die Sitzung sabotierten.

Es entstand ein großer Tumult, so daß die Konferenz unmöglich wurde. Es wurde deshalb vereinbart, daß die einzelnen Sektionen selbständige Sitzungen abhalten. Die sozialdemokratischen Delegierten und der Sekretär begaben sich hierauf mit der elektrischen Bahn zum Bahnhof. Auf dem Wege zum Bahnhofe wurden die sozialdemokratischen Delegierten, insbesondere der Sekretär Beda von einer Gruppe Kommunisten überfallen und ihnen der Zutritt zum Bahnhofe unmöglich gemacht. Einige Delegierte wurden verhaftet. Nach Einschreiten der Gendarmerie wurde die Ruhe wiederhergestellt. Einige der Ausschreitenden wurden festgenommen.

Hierauf hielt die sozialdemokratische Sektion im Sitzungssaal der „Sudocnost“ in Odrau eine Konferenz ab, in der nach den Referaten das Prager Abkommen einstimmig gebilligt und beschlossen wurde, in den Gruben und Kohlereien die Arbeit am Montag den 8. Oktober, und wo dies aus technischen Gründen nicht möglich ist, am Dienstag den 9. Oktober aufzunehmen. Die kommunistische und die polnische Sektion hielten in Lapp Konferenzen ab, in denen beschlossen wurde, die Arbeit am Dienstag wieder anzutreten.

Auch die Beratung der Vertrauensleute der Bergarbeiter der polnischen Sektion, welche im Bergsekretariat in Mähr.-Odrau stattfand, sprach sich für die Annahme des erzielten Abkommens aus.

Damit ist der Streik der Bergarbeiter im Odrau-Karwiner Reviere als beendet anzusehen.

Heute und morgen werden auf den Schächten Versammlungen abgehalten, in denen Bericht über das Prager Abkommen und das Ergebnis der heutigen Konferenzen erstattet wird. Die Arbeiterschaft wird aufgefordert, die Arbeit aufzunehmen.

## Betriebsrätekonferenz im nordwestböhmisches Braunkohlenrevier.

**Tepitz, 8. Oktober.** (Eigenbericht.) In dem denkwürdigen Gasthauslokal in dem der Generalstreik vom Jahre 1900 proklamiert und beendet wurde, im Gasthaus Wilhelmstal in Turn, fand am Sonntag die Betriebsrätekonferenz des nordwestböhmisches Braunkohlenrevieres statt, um zu den Beschlüssen der Reichskonferenz über den Abschluß des Streiks Stellung zu nehmen. In der Konferenz, die von 142 Betriebsräten, die 172 Schächte vertreten, besucht war, erstatteten die Herren Pohl (deutsch) und Piskovic (tschechisch) den Bericht. Nach einer kurzen, sehr sachlichen Debatte hielten die Genossen Pohl und Dragl die Schlusssätze, die mit großem Beifall angenommen wurden. Hierauf wurde zur Abstimmung geschritten. Die Durchführung der Beschlüsse der Reichskonferenz, das heißt die Annahme des Regierungsverschlages, um die allgemeine Arbeitsaufnahme für Dienstag den 9. Oktober, wurde mit allen gegen 35 Stimmen beschlossen. Die Betriebsräte, die dagegen stimmten, setzten sich zu einem Teile aus Kommunisten, die über Auftrag ihrer Partei dagegenstimmten, und zum anderen Teile aus Betriebsräten feste Marschroute vorgeschrieben hatten. Ausnahmslos erklärten sie alle, daß sie sich dem Beschlüsse der Betriebsrätekonferenz fügen und den Beschluß durchführen werden.

## Die „Wirtschaft“ gegen die Bergarbeiter.

Die in Prag erscheinende wirtschaftliche Wochenchrift „Die Wirtschaft“, die sich äußerlich den Anschein neutralen Verhaltens in den sozialen Kämpfen gibt, veröffentlicht einen Artikel über den Bergarbeiterstreik, in dem es unter anderem heißt:

Streiks sind gewiß ein Kampfmittel. Nicht aber sollte es gestattet sein, den Kampf soweit zu treiben, daß an den Golden liegende Kohlen — man rechnet mit 100.000 Waggons — von ihrem Eigentümer nicht abgeliefert werden dürfen. Ihr Eigentümer ist der Bergbau-

unternehmer, weil dem Arbeiter auf Kosten, für deren Föderung bereits der Lohn ausbezahlt wurde, kein Recht zusteht. Trotzdem wurden vor den Golden Wägen ausgestellt, die einen Abtransport ohne Gendarmerieassistenten unmöglich machen. Diese Assistenten aber in Anspruch zu nehmen, bevor schritt das Arbeitsministerium ebenso zurück, wie das Finanzministerium nicht den Mut aufbringt, sie zu bewilligen. Auch in diesem Falle bestimmen die Passivität politische Motive, Rücksichtnahme und Erwägungen „politischer Natur“. Bei näherer Untersuchung erweisen sie sich als ein Zurückweichen vor den sozialistischen und kommunistischen Arbeiterorganisationen. Erklärt werden sie damit, daß der „demokratische“ Kurs, der demokratische Gedanke einen derartigen Eingriff nicht vertritt.

Diese Probe wird genügen, um die Arbeiterfeindschaft des Blattes festzumachen und die Legende endgültig zu zerstören, daß es sich hier um ein in den wirtschaftlichen Kämpfen neutrales Blatt handelt. Wie der vorliegende Artikel zeigt, vertritt die „Wirtschaft“ in energischer Weise die Interessen des Unternehmers.

## Wirtschaft und Sozialpolitik. Späte Erkenntnis.

Die Marktwertung in Deutschland hat die deutschen Konsumvereine gezwungen, zum sogenannten Wiederbeschaffungspreis zu verkaufen, das heißt zu jenem Preise, der es den Konsumvereinen möglich macht, dieselben Waren in derselben Menge wieder einzukaufen. Hätten dies die Konsumvereine nicht getan, dann hätten sie naturgemäß einen immer geringeren Teil ihres Warenlagers evanguen können, und schließlich wäre die Weiterführung der Konsumvereine überhaupt unmöglich, das Eigenvermögen der Genossenschaftsbewegung vernichtet gewesen. Dieser Grundgedanke, der vom Großteil der genossenschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands verstanden wurde, gab den Kommunisten die gewünschte Gelegenheit, gegen den Zentralverband deutscher Konsumvereine zu agitieren. Es wurde — wie Dr. Bedmann in der „Konsumgenossenschaft“ schreibt — geltend gemacht, daß der Wiederbeschaffungspreis eine Besteuerung der Konsumvereinsmitglieder darstelle, wenn die Waren nicht gemäß den tatsächlichen Einkaufskosten des feinerzeitigen noch billigen Einkaufes, sondern noch zu dem infolge der Marktwertung gestiegenen Tagespreis abgegeben werden. In einer für die deutschen Konsumvereine so furchtbar schwierigen und traurigen Zeit, da die Existenz der großen deutschen Genossenschaftsbewegung auf dem Spiele steht, haben also die Kommunisten etwas gefordert, was die Vernichtung der reichsdeutschen Konsumvereinsbewegung zur unentrinnbaren Folge gehabt hätte. Es ist uns nicht bekannt, welche Vorwürfe die Kommunisten gegen die Vertrauensmänner der deutschen Genossenschaften erhoben haben, aber da die Kommunisten auf der ganzen Welt einander gleich sind, können wir uns schon ein Bild davon machen. Wenn die deutsche Arbeiterschaft im Lager der Kommunisten stände, dann gäbe es heute keine deutsche Genossenschaftsbewegung mehr. Der Zentralverband der deutschen Genossenschaften hat unbekümmert um die Agitation der Kommunisten gehandelt und die deutschen Konsumvereine haben zum Wiederbeschaffungspreis verkauft. Jetzt geht, wie der Aufsatz Dr. Bedmann beweist, den Kommunisten ein Licht auf, welchen Schaden die Befolgung ihrer Parole der deutschen Genossenschaftsbewegung gebracht hätte. Die Kommunisten haben nach den Worten ihres genossenschaftlich tätigen Funktionärs vergessen, daß die Konsumvereine als Faktoren des Handels heute noch mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung verknüpft sind und die verhasste kapitalistische Umwelt, in der wir uns leider noch immer befinden, nicht einfach ignorieren dürfen, zumal nicht in so verhängnisvollen Zeiten, wie sie über Deutschland heringebrochen sind.

Es ist das alte Spiel, das wir da bemerken. Die Kommunisten geben jeden Augenblick irgend eine Parole aus, deren Ausführung zum Schaden der Arbeiterbewegung wäre. Wenn sich die Unrichtigkeit dieser Parole erweist, sagen sie einfach, sie hätten sich geirrt. So muß auch der Gesinnungsgenosse der reichsdeutschen Kommunisten, die — wenn sie Möglichkeit dazu gehabt hätten — die reichsdeutsche Genossenschaftsbewegung dank ihrer unsinnigen Parolen vernichtet hätten, sich an die Brust schlagen und bekennen, daß sich die Kommunisten geirrt hätten. Die Erkenntnis kommt den Kommunisten manchmal, aber immer zu spät. Wenn nicht die überwiegende Mehrheit der Arbeiter im Lager der Sozialdemokratie in Deutschland eine solche Katastrophe gebracht, wie es die Zerstörung der in Jahrzehnte aufgebauten reichsdeutschen Genossenschaftsbewegung gewesen wäre.

Die Verhältnisse in der Zuckerindustrie haben sich, wie Gen. Sojise in der Konsumgenossenschaft schreibt, im Laufe der letzten Jahre wesentlich verschoben. Hervorstechend sind die Besitzveränderungen zugunsten landwirtschaftlicher Genossenschaften, bzw. Übergang von Aktien in die Hände der Agrarier. Aber auch an und für sich schon genug große Zuckerraffinerien erwerben andere Fabriken, insbesondere aber geben alle darauf aus, den Rohzuckerbedarf durch Ankauf von bisher selbständigen Rohzuckerfabriken zu sichern. Wieviel erfolgten Verkäufe aus Angst vor der Bodenreform. Gerade dieser Tage wurde die Zuckerraffinerie Dobrowitz, die bisher zum-

Logis gehörte, von der Kuffiger Zuckerfabrik erworben. Die Zuckerraffinerie Brerau, deren Besitzer früher Alfred Steine war, wurde unter Beteiligung einiger Rohzuckerfabriken von einem Verband landwirtschaftlicher Zuckerraffinerien zusammengekauft. In letzter Zeit sind die Freizeitsauer Zuckerraffinerie und erst jüngst eine Rohzuckerfabrik bei Brünn samt bedeutendem Komplex des Großgrundbesitzers Baron Robert Berberstein diesem Konzern angegliedert worden. Für die „Narodni Bist“ ist dies ein erfreuliches Ereignis, weil dadurch die bisher von fremden Elementen (soll heißen: deutschen Kapitalisten) beherrschte westmährische Zuckerindustrie in nationalen Besitz übergegangen ist, für uns aber ein Beweis der mächtigen Konzentrationsbestrebungen in der an und für sich schon sehr mächtigen Zuckerindustrie. Gegen Ende der vorigen Kampagne wurde die Wegschätler Rohzuckerfabrik von der Kuffiger Zuckerraffinerie aufgekauft und der Betrieb stillgelegt. Die Gesellschaft der Zuckerfabrik, früher Mansfeld gehörend, wurde von der Landwirtschaftlichen Zuckerfabrik-A.G. aufgekauft, Skřivan, früher Viebig gehörend, von der Prager Kreditbank. Solcher Fälle gibt es noch viele.

Die Tschechoslowakei und die internationale Radiumproduktion. Die Weltproduktion an Radium betrug insgesamt 204 Gramm, wovon in der Tschechoslowakei: etwa 24 Gramm oder 12 Prozent gewonnen wurden. In der Tschechoslowakei wurden gefördert im Jahre 1920 2,2 Gramm im Werte von 22 Millionen Kč, 1921 3,2 Gramm im Werte von 32 Millionen Kč, 1922 2,2 Gramm im Werte von 11 Millionen. Ein Milligramm Radium kostet gegenwärtig etwa 120 Dollar.

Deutschlands Wirtschaftskrise. Die Berichte der preussischen Handelskammer für den Monat September bestätigen den ungeheuren Rückgang der industriellen Beschäftigung in Deutschland. Selbst die Rohstoffindustrie, wie Kohle und Eisen, leiden unter der störenden Nachfrage und stillen Geschäftsgänge. Noch mehr gilt das für die verarbeitende Industrie. Wesentlich verschlechtert hat sich die Lage im Lokomotivbau und in der Elektrizitätsindustrie. Der Auslandsabsatz der letzteren sinkt, weil die Weltmarktpreise überschritten sind. Selbst in Gewerben, in denen bisher keine Betriebsbeschränkungen erfolgten, rechnet man mit solchen in der nächsten Zeit. In chemischen Präparaten hat der Absatz nach dem Auslande erschreckend nachgelassen. Die Industrie der Steine und Erden verzeichnet kaum mehr einen Versand. Die Papierindustrie, Baustoffindustrie und das Brauergewerbe arbeiten größtenteils verkrüppelt und beurlauben die Zukunft sehr pessimistisch. Ebenso steht es in der Bekleidungsindustrie. Der größte Teil der Tuchindustrie z. B. arbeitet nur für den inländischen Bedarf, der aber vollständig stoch. Neue Aufträge aus dem Auslande gingen nicht ein, da das deutsche Angebot in diesen Gewerben um 15 Prozent teurer ist als die ausländische Konkurrenz. Nicht anders ist es mit anderen Zweigen der Textilindustrie. Auch die Konfektionsindustrie stoch. Die Schuhwarenindustrie findet keine Käufer, weil die Waren zu teuer sind. Bezeichnend für die Preispolitik im Lebensmittelgewerbe ist, daß ausländische Waren nach dem Berichte der Frankfurter Handelskammer um 30 bis 40 Prozent billiger sind als deutsche.

Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften Deutschlands. Am Ende des zweiten Jahresviertels 1923 gehörten den 45 dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbänden 7.721.290 Mitglieder an, davon 1.653.808 Frauen. Das bedeutet gegenüber dem ersten Vierteljahre einen Rückgang von 948 Mitgliedern (davon 8752 Frauen). Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage läßt einen weiteren Rückgang in den folgenden Monaten vermuten.

Konzentration in der polnischen Kohlenindustrie. Warschauer Blättermeldungen zufolge finden gegenwärtig zwischen den Hauptaktionären der Laurahütte, Bofel und Weinmann einerseits und dem Grafen Alfred Potocki andererseits Verhandlungen betreffs des Verkaufes einer größeren Zahl von Aktien an den Grafen Potocki statt, welcher in den Verwaltungsrat der Laurahütte eintreten würde. Dem Vernehmen nach soll die Transaktion über Initiative der polnischen Regierung zustandekommen, welche den Wunsch geäußert habe, daß an der Laurahütte auch polnische Geld interessiert sei.

Verbindliche Steuern auch in Polen. Im polnischen Finanzministerium fand jüngst eine Konferenz statt, in welcher beschlossen wurde, ein Gesetz auszuarbeiten, nach welchem die Steuern und Abgaben in Zukunft in Goldwährung zu zahlen seien.

## Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Paris	1000	16.55/00
Berlin	1000	24.800.000/00
Wien	1000	2008/00

## Prager Kurse am 8. Oktober.

	Gold	Ware
100 holl. Gulden	1364.50	1308.20
1 Million Mark	0.0830	0.0830
100 belg. Francs	176.25	177.75
100 dän. Kroner	620.75	622.25
1 holl. Gulden	1364.50/00	1308.20/00
100 holl. Gulden	1364.50/00	1308.20/00
1 Dollar	34.30/00	34.70/00
100 franz. Francs	207.75/00	209.25/00
100 Dinar	39.60/00	40.40/00
10.000 ungar. Kronen	17.50/00	18.50/00
10.000 poln. Mark	0.42/25	0.50/75
10.000 österr. Kronen	4.85/00	5.16/00

## Prager Schluszkurse am 8. Oktober.

	Gold	Ware
Paris	85.05/00	33.20/00
London	25.43/00	25.47/00
Berlin	0.008/00	0.010/00
Wien	25.12/50	25.22/50
Sofia	312.25/00	220.00/00
Wien	0.00.78/25	0.00.78/75
Sofia	0.022/00	0.021/00
Konop	16.50/00	16.80/00
New York	8.55/50	8.50/50
Belgrad	6.40/00	6.80/00
Bucharest	0.00.00/00	0.00.00/00

## Rust und Wissen.

### Reinigungsernung „Siegfried“.

(Neues Deutsches Theater, 7. Oktober 1923.)

Richard Wagners „Siegfried“, der dritte Abend aus der Nibelungen-Trilogie, ist ein Höhepunkt in dieser gewaltigen Götter- und Helden-Tragödie. Siegfried, der Held, überwindet alle Widerstände auf seinem Wege zur reinen Edelherlichkeit, die Brünhildens Liebe krönt. Dramatische Konflikte fehlen, so daß der „Siegfried“-Teil des Nibelungen-dramas in reiner Sonnigkeit und froher Sieghaftigkeit auf uns wirkt. Diesen inneren Grundideen müßte eine stilistische „Siegfried“-Reinigungsernung folgen, wenn sie überhaupt möglich ist. Die Berliner Meister der Szene, Prof. Förth und Emil Birchan, haben beim „Siegfried“ von einer vollständigen Stillisierung der Szene abgesehen. Nicht einmal des Lichtes, auf dessen symbolischer Wirkung die „Waldsüre“-Inszenierung aufgebaut war, bedienen sie sich im „Siegfried“ in besonderer Maße, sondern geben, wie sie es gerade brauchen, Bilder wirklicher Bühnenillusion und solche einer stillisierten Szenerie. War schon die „Waldsüre“-Reinigungsernung der von einer persönlichen Note beherrschten „Rheingold“-Inszenierung nicht mehr ebenbürtig, so haben die Berliner Künstler durch die neue Szenerie des „Siegfried“ bewiesen, daß ihre Originalideen im „Rheingold“ herausgabi wurden und die weiteren „Ring“-Teile ihre Reinisierung in zusehends abnehmender künstlerischer Qualität erhalten. Wagners Musikdramen lassen sich nicht stillisierend in Szene setzen, ohne den vom Komponisten und Dichter ausdrücklich festgelegten spezifischen Vorwissen Gewalt anzutun; ihre Szene kann höchstens unter Ausnutzung der modernen Bühnentechnischen Einrichtungen modernisiert werden, darf sich aber niemals über die ursprünglichen Wagnerschen Forderungen hinwegsetzen. Wenn Prof. Förth im ersten Akte des „Siegfried“ aus der Hellenhöhle der Siegfried-Rime-Schauung einen gigantischen Felsendom macht, stört er jede Proportion der Szene; und es wirkt lächerlich, wenn der Eingang zu diesem Felsenbome aus kunstgerecht verfertigten, symmetrisch angeordneten Stufen besteht, hinter denen sich die Gegend des wilden Waldes in Form potter verlorener zommer Sträucher offenbart. Die tiefe Waldbeuge des zweiten Aktes wird in der Berliner Reinisierung zum stimmungsvollen, blickhaft sauber geputzten Märchenwald der Kinder, Hofmers „Reichshöhle“ erweist den Eindruck einer Luftschiffhalle, während der „Burm“ selbst in seiner ungeheuren Dampfeschwundung und überdimensionalen Riesenhaftigkeit eher spasshaft als furchterregend wirkt. Ganz unaufrichtig ist das erste Bühnenbild des dritten Aktes gemacht, dessen wilde Hellenbeuge durch ein vorhana-ähnliches Gebilde dargestellt wird, in dessen Hatten sich „Erda“ als schwebender Geist zeigt. Das zweite Bild dieses Aktes, das die gleiche Szenerie wie der dritte Akt der „Waldsüre“ hat, offenbart erst im „Siegfried“ so recht seine Nichtertheit und Dürftigkeit, die bei der geringen Reifezeit der Szene doppelt sichtbar wurde, umsonst, als sie Siegfrieds Worte vom „schattigen Tann“ klingen frohte. Bei der Lösung des schwierigen „Waldvogel“-Problems haben es sich die Berliner Regiekräfte auch leicht gemacht; sie haben ihn einfach weggelassen, was aber nicht nur gegen Wagners ausdrücklichen Willen, sondern auch gegen die Verständlichkeit der Handlung ist. Leider ist über die neuinszenierte Sonntag-Aufführung des „Siegfried“ auch in anderer Hinsicht nicht allzuviel Gutes zu berichten. Theodor Straß als Jung Siegfried hat enttäuscht. Mag sein, daß eine leichte Indisposition den Sänger nötigte, in den beiden ersten Akten stimmliche Zurückhaltung an den Tag zu legen und erst im letzten Akte gelanglich mehr aus sich herauszugehen, aber daß er dastellend die jugendliche Kavität so stark betonte, daß dieser Held eher tollpöpstig und töricht als heldenhaft und edel erschien, läßt sich mit nichts entschuldigen. Auch in der Szene mit Brünhilde blieb Herrn Straß „Siegfried“ weit hinter der Leidenschaft der Musik und seiner Partnerin zurück. Diese war Frau Anna Wolff-Ortner, eine Brünhilde, die für diese Rolle alles besitzt, was sie uns vollkommen machen kann, nämlich eine tiefste, glanzvolle Stimme, ein von beglückender Leidenschaft erfülltes Spiel und glaubwürdige Jugendschönheit. Josef Schwarzj „Wanderer“ erhob sich erst im letzten Akte zu jener übertragenden Größe, die wir von diesem ausgezeichneten Sänger und Darsteller gewohnt sind. Labers „Rime“ und Fuchs „Waldvogel“ sind bekannt gute Figuren aus unserem „Nibelungenring“-Ensemble, nur mögen sich beide vor Uebertreibungen hüten. Der neue „Waldvogel“-Fräulein Fuchs süßte sich in den höheren Stimmregionen nicht recht behaglich. Fr. Franz „Erda“ war wohlwollend im Gesang, aber unverständlich. Einen Ehrenabend hatte das Orchester unter Jemlinskij; die Vor- und Zwischen-spiele, vor allem das wunderbare „Waldweben“ im zweiten Akte, amteien echt Wagnerschen Geist. An dem guten Besuche des Opernabends beteiligte sich nur die Galerie als kunstverständigste Publikumsgruppe und das Parkett, während die Logen der alten und neuen Reichen auffallend leer geblieben waren; sie werden bei der nächsten Operetten-Premiere um so sicherer und zahlreicher erscheinen. —



**Ein Mann-Abend**, wie mit ihm am Sonntag im Prager Mozarteum wieder einmal erlebten, hat dieses vom angenehmen Klang der Morrell Salzer-Abende an sich; die Sorgen und trüben Gedanken, die man in den vollen Saal mitbringt, sind nach einem Viertelstündchen verfliegen, befreiendes Lachen strömt aus der Reihe. Und das ist wohl auch die Hauptwirkung, die der „bessere Mann“, dieser überaus sympathische Vortragskünstler erzielen will, obwar seine Kunst auch anderer, tieferer Wirkung fähig ist. Mann ist nicht nur trefflicher Rezitator humoristischer Prosa und Poesie, nicht nur köstlicher Anekdotenerzähler und dann einer außerordentlich modulationsfähigen Stimme. Mann ist auch ein hochqualifizierter Erzähler, dessen schauspielerischen Talenten es gelingt, das Vortragspodium zur Bühne umzuwandeln und seine Hörer in einem Atem lachen und weinen zu machen. Am letzten Sonntag erzielte er gerade mit der innig rührenden Wiedergabe der Wieschen Erzählung „Tante Riffe“ den tiefsten Eindruck. Um seiner großen künstlerischen Fähigkeiten willen wollen wir es bei Mann übersehen, daß er, vielleicht nicht ohne Absicht, allzuviel schmerzliche und rührende Erinnerungen an die „herrliche“ Zeit des Krieges wieder herbeizubert. Da seine übrigen Darbietungen frei von politischer Tendenz sind, möchte man auch seine militärischen Händchen, so glänzend sie auch vorgetragen sein mögen, gerne missen. — dt.

**Sechs philharmonische Abonnement-Konzerte 1923-24.** Alexander Zemlinsky hat für die sechs philharmonischen Konzerte folgendes Generalprogramm zusammengestellt: Beethoven: Sinfonie C-Dur (18. Jahrhundert), Sinfonie: Sinfonie E-Moll, Mozart: Kleine Nachtmusik, Beethoven: 7. Sinfonie, Brahms: 2. Sinfonie, Bruckner: 8. Sinfonie, Smetana: Waldszenen (symphonische Dichtung), Hugo Wolf: Italienische Serenade, Mahler: Das Lied von der Erde, Strauss: Sinfonie domestica, Puch-Schönberg: Zwei Chorvorspiele, Schönberg: Orchesterstücke, Sadek: La valle, Korngold: Orchester Suite „Viel Lärm um nichts“, Stravinsky: Gejang der Nachtigall (symphonische Dichtung), Strawinsky: Ragtime. Als Gastdirigenten wurden Arnold Schönberg und Otto Klemperer-Köhr, als Solisten Karl Flesch (Violine) und Walter Gieseking (Klavier) gewonnen. Verkauf der Abonnement-Karten an der Tageskasse.

**Arbeitervorstellung „Das Nachtlager von Granada“.** „Zusammens Geheimnis“. Sonntag, den 11. d., 2 Uhr, in ermäßigten Preisen Kruppers romantische Oper „Das Nachtlager von Granada“ und Wolf-Ferraris Intermezzo „Zusammens Geheimnis“. Kartenverkauf bei Eppler Genossen Verein, Graben 25, Meiner Hof.

**Spielplan des Neuen Theaters.** Heute Dienstag die komisch-phantastische Oper „Die lustigen Weiber von Windsor“ mit den Damen Lily de Caruso, Hessa, Sommer und den Herren Eisenberg, Puch, Greve, Kaber, Ludwig, Ludwig. Dirigent: Erich Ziegl. Morgen Mittwoch die neue Operette „Die Siegerin“ mit Elise Lord-Weißner a. G. (8-14), Donnerstag (9-1) „Siegfried“, Freitag Gastspiel Pepi Odöner-Drammer „Frau Präsidentin“ (Seriennummer 11-13), Samstag (10-11) Mozarts „Rauberjäger“.

## Aus der Partei.

**Bezirkskonferenz; Freimähdou.** Bei der letzten in Freimähdou stattgefundenen Bezirkskonferenz waren 18 Lokalorganisationen durch 33 Delegierte vertreten. Aus den Berichten, sowie aus dem Referat über die Gemeindevahlen war ersichtlich, daß es im Bezirke noch sehr viel Arbeit zu leisten gibt. Abgeordneter

Genosse Jockl sprach hierauf über das Thema: „Was lehren uns die Gemeindevahlen“ und verwies insbesondere auf die Beschlüsse der Reichskonferenz. Er teilte ferner mit, daß am Bezirk in der nächsten Zeit Gemeindevereiner Schulen abgehalten werden, an denen sich alle Gemeindevereiner und deren Vertrauensmänner zu beteiligen haben. An die lebhafteste Debatte schloß sich die Neuwahl der Bezirksleitung. Zum Schluß wurde noch folgender Antrag der Bezirksleitung angenommen: „Alle unsere Organisationen haben zur Stärkung der Bezirkskassa bei den Veranstaltungen, für die ein Eintritt eingehoben wird, pro Eintrittskarte und Person einen Mehrbetrag von 20 Hellern einzubehalten und an die Bezirksleitung abzuführen.“

**Kreisikonferenz Troppau.** Sonntag, den 14. Oktober, findet im Arbeiterheim in Jägerndorf um halb 9 Uhr vormittags die ordentliche Kreisikonferenz statt. Auf der Tagesordnung stehen: Berichte, Bildungsarbeit und Jugendfürsorge. Wahl der Kreisvertreter und Eventuelles.

**Bezirkskonferenzen.** Lepitz: Sonntag, den 21. Oktober, um 1 Uhr nachmittags, im Gasthaus Wilhelmsthal in Turn. Tagesordnung: Berichte, Politischer Vortrag (Referent Senator Genosse Doktor Heller), Neuwahl der Bezirksvertretung, Wahl der Delegierten zum Parteitag in Ruffig und verschiedenes. — Soaz: Sonntag, den 4. November, um 9 Uhr vormittags in Soaz. Auf der Tagesordnung stehen: Berichte, unsere nächsten Aufgaben, Wahl der Delegierten zum Parteitag, Neuwahlen und Allgemeines. — Görkau: Sonntag, den 21. Oktober, halb 10 Uhr vormittags, im „Weißer Hof“ in Görkau mit folgender Tagesordnung: Berichte, Die wirtschaftliche Situation und der Ausbau der Organisation und Beratung und Beschlußfassung über die zu leistende Bildungsarbeit in den sonnenmonatlichen Wintermonaten. — Saida: Sonntag, den 28. Oktober, im Schützenhause um 2 Uhr nachmittags. Tagesordnung: Berichte, Bildungsarbeit, Politische Situation und Parteitag, Wahlen und Allgemeines.

**Arbeiterbildungskurs in Velsen.** Am 11., 21. und 28. Oktober findet in Velsen ein Arbeiterbildungskurs mit folgender Vortragsordnung statt: 11. Oktober: Wurzeln und Wesen der Massenschulung. Vormittags: Wirtschaft und Geist. Zur Geschichte der Volksschule, Industrie, Demokratie und Massenbewegungen. Volksbildung oder Arbeiterbildung. Nachmittags: Die Grundpfeiler der Bildungsgattung. Organisation, Finanzwesen und Pädagogik. — 21. Oktober: Die Bewirkung der Massenschulung. Vormittags: Die Schulung durch das Wort. Vom Einzelvortrag zur Arbeiterversammlung. Nachmittags: Die Schulung durch die Schrift. Vom Jahrbuch zur öffentlichen Bücherei. Die vier Elemente der öffentlichen Bücherei. Presse, Kolportage und Buchgenossenschaft. — 28. Oktober: Der Kampf um die proletarische Kultur. Vormittags: Erläuterungen der proletarischen Kultur. Kino, Kirche und Alkohol. Die Anfänge der proletarischen Kultur. Nachmittags: Massenbildung und Revolution. Waffe, Wissenschaft und Sozialismus.

## Turnen und Sport.

**D. F. C. gegen Maffabi-Brünn 2:2 (0:2).**

Das Resultat entspricht ungefähr dem Spielverlauf. In der ersten Hälfte war Maffabi, in der zweiten der D.F.C. überlegen. Maffabi mußte ohne seine letzten Neuerwerbungen antreten, bot aber ein viel einheitlicheres Bild als der D.F.C. In der zweiten Hälfte allerdings erlag Maffabi dem Tempo und hatte Mühe, eine Niederlage zu verhindern. Dabei half den Brünnern das Verjagen des D.F.C. Sturmes, bei dem selten ein einheitlicher Angriff durchgeführt wurde. Bobov, der krank antrat, bi-

dete eine räthliche Ausnahme. Seiner Arbeit hat auch der D.F.C. seine Leiden Tore zu verdanken. Patel spielte am Sonntag wohl sein schlechtestes Spiel. Er verstand es, die besten Vorlagen, durch unverständliches Jögern und Gerastehen zu verderben. Der neue linke Flügel führte sich gut ein. Die Falls konnten auch erst in der zweiten Hälfte gefaßt. Die Verteidigung war gut. Tauffig im Tor der beste Mann des D.F.C. Er war auch besser als Szigmondi im Maffabitor, der gegen den erfahrenen spielenden D.F.C. Sturm viel leichtere Aufgaben zu bewältigen hatte. Kurz der Spielverlauf: Maffabi drängt vom Anpfiff. Aus einem Gedränge nach einem Korner ergibt Maffabi die Führung. Ein hereinbrechender Sturzregen unterbricht das Spiel auf 15 Minuten. Nach Wiederbeginn Eigentor durch Jimny. Halbzeit 2:0 für Maffabi. Maffabi unternimmt nun noch einige gefährliche Angriffe. Doch als Tauffig einen rasant getretenen Elfmeter schießt, ist es um den Angriff: Maffabi ist geschehen. Maffabi können sich jetzt die Brünner der ungestümen D.F.C. Angriffe erwehren. Prachtvolle Torchüsse in der 23. und 35. Minute bringen den Brünnern den Ausgleich. Der Schiedsrichter, der bisher unparteiisch das Spiel geleitet hat, brühte nun für Maffabi und überließ „Hand“, als beide Maffabi-verteidiger bei einem Zusammenstoß niedersinken und mit den Händen dem nach vorne stürzenden Szigmondi den Ball zuschieben. Kurz vor Schluß macht der Schiedsrichter Loh und Goldmann aus. Die Ausschließung Lechs erfolgte vollständig unberechtigt. Unter ständiger Wiederholung des D.F.C. ersetzt der Schlußpfiff. Das Publikum, das äußerst zahlreich erschienen war, konnte glücklicherweise der unermesslichen Madaumacher und Stänkerer Herr werden, die glauben, durch Einmischung ins Spiel und Anpöbelung anderer mit ihrem Vergehen unzufriedener Zuschauer, den von ihnen „vergötterten“ Klub den besten Dienst zu erweisen. Das gilt sowohl für D.F.C., als auch für Maffabi Anhänger.

**Sonstige Sonntagsergebnisse.** Prag: Cupfinale: Sparta gegen Gehe Emlach 10:6 (6:0). Slavia gegen Gehe Karlin 6:2 (3:1). Beide Mannschaften verjagten. Durch diese Entscheidung kommen Sparta und Slavia ins Finale, das am kommenden Sonntag ausgetragen wird. — Brünn: Samstag: Union Jizow gegen Maffabi 1:1 (1:1). Sonntag: Union Jizow gegen Moravia Slavia 0:0, Vorwärts gegen Brünner 2:2. — Preßburg: Protislava gegen Brünner 2:1. — Mähr. Ostrau: S.M. Mor. Ostrava gegen D.F.C. Troppau 5:0 (Samstag) 2:0 (Sonntag). — Linz D.F.C. gegen Sportklub Brünn 11, S.M. Liontore gegen Sparta Prohnik 3:0, Hakoah gegen S.M. Prohnik 3:2 (0:2) abgebrochen. — Pardubitz: S.M. Pardubitz gegen S.M. Graber Králové 2:1 (0:1). — Wien: Stimmering gegen Rapid 4:21, Stevan gegen Hakoah 2:2, Vienna gegen W.A.G. 2:2, Amateure gegen Wacker 1:0, Sportklub gegen Hertha 2:0, Admira gegen Diemar 6:2. — Linz: Oberösterreich gegen Tirol 4:0.

**Reichsländerei.** (Ein neuer 500 Meter Weltrekord.) Beim Sportfest des Berliner Sportklubs verbesserte am Sonntag der Norddeutsche E. Hoff den Weltrekord über 500 Meter und erreichte die glänzende Zeit von 1:05. — Bei einem in Lyon abgehaltenen 5000 Meter Handicaplauf gewann der Finne Kurmi als Matmann in der phänomenalen Zeit von 14 Minuten 32 Sekunden. Der französische Meister Guillemonet endete in 15:46 an sechster Stelle. — Bei dem in Stockholm an Stadion abgehaltenen Kampfen siegte Allan Grifflon im Diskuswerfen heidarnig mit 81.80 Meter. Er warf mit der rechten Hand 44 Meter.

**Herausgeber:** Dr. Ludwig Egeh und Karl Cermak. **Druck:** Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. **Verantwortlicher Redakteur:** Dr. Emil Strauß. **Für den Druck verantwortlich:** C. Holik.

**Verlangen Sie Palma**



**Kautschukabsatz und Sohle**  
von Ihrem Schuhmachermeister. — Billiger als Leder. — Schonen Nerven, Füße & Sehnen.

**Billiger Lesestoff** Die Volksbuchhandlung **Ernst Sattler, Karlsbad**

unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art **Literatur.** Alle nicht lagernden oder wo immer angefündigten Bücher und Zeitschriften werden **raschest geliefert.**

**Preise:** Kautschuk, Amutige, Weichheit, Bänder, Rindhäuten, Sealschicht, Stärke am, Jaccard, Streubel, Der Arbeiter, Zolstoff, Goldergabungen, Preis gebd. je 3 Kronen, Bücherverzeichnis kostenl.

**Buchhandlung Freiheit** Lepitz-Schönau, Theresienstraße 15.

**Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten**



**Nordböhmische Druck- und Verlags-Anstalt Gärtner & Co., Bodenbach a. E. C. m. b. H.**

Größtverbreitete, Stereotypie, Verlag, Buchdruckerei, neueste Satz- und Lithographie mit einer Leistung von 500.000 Buchstaben, Rotationsmaschinen mit einer Leistung von 250.000 Zeilen, Fernsprecher Nr. 571, Postfach Nr. 127.467

1001

## Vater Goriot.

11

Von Honoré de Balzac.

„Wenn wir von ihm und Frau Couture, die nicht lüderig ist, obsehen, die anderen möchten uns mit der Linken wieder nehmen, was sie uns mit der Rechten am Neujahrstag geben.“

„Und was geben sie groß?“ jagte Christoph empört, „elende fünf Franken. Zeit zwei Jahren ruht Vater Goriot seine Stiefel selbst. Der Anrufer Poiret verzichtet auf Wäsche und würde sie eher trinken, als sie für seine Patschen verwenden. Der hager Student gibt mir zwei Franken. Damit bezahlt er nicht mal meine Büsten, obendrein verkauft er seine abgetragenen Kleider. „Gutes Loch!“ „Wah!“ jagte Sylvie und trant ihren Kaffee in kleinen Schlucken, „unsere Stiefeln sind noch die besten im ganzen Viertel: wenigstens kriegt man ordentlich zu essen. Aber hat man ihnen irgend etwas über Vautrin gesagt, Christoph?“

„Ja. Vor einigen Tagen hat mich ein Fremder auf der Straße gefragt: Nicht wahr, bei Ihnen im Hause wohnt ein dicker Herr mit gefärbtem Schnurrbart? Ich gab zur Antwort: Nein, mein Herr, er färbt ihn nicht, wie hätte ein so lustiger Herr Zeit dazu? Das habe ich Herrn Vautrin wiedererzählt, und der hat mich gelobt: „Recht so, mein Junge. So mußt du immer antworten. Nichts ist peinlicher, als wenn unsere schwachen Seiten offen jutage treten: daran könnte manche Ehe scheitern.“

„Nun, ich bin auch auf dem Markt ausgefragt worden. Man wollte wissen, ob ich sehe, wie er sein Hemd wechselt. Solch ein Unfug!“ „Na“, unterbrach sie sich, „es schlägt dreiviertel zehn, und kein Mensch rührt sich.“

„Ach was! sie sind alle weg. Frau Couture und das junge Mädel sind schon um acht Uhr in

die Kirche gegangen, um den lieben Gott runderzuschlucken. Vater Goriot ist mit einem Paket unter dem Arm verschwunden. Der Student kommt erst um zehn Uhr von seiner Vorlesung nach Hause. Als ich die Teppiche sah, kamen sie alle an mir vorbei. Vater Goriot hat mich mit seinem Paket gestochen. Das hat sich hart angefühlt wie Eisen. Was macht der Alte denn? Die anderen ziehen ihn auf wie einen Brummkreisel, aber er ist mehr wert als sie alle. Er gibt nicht gerade viel, aber die Damen, zu denen er mich manchmal schickt, leisten sich seine Trinkgelber und sind ordentlich aufgetaelt.“

„Die angehenden Töchter, was? Es gibt ihrer ein Duzend.“

„Mich hat er nur zu zweien geschickt, und die waren auch hier.“

„Die Gnädige macht sich bemerkbar, sie wird schon schnippen. Ich muß zu ihr. Haben Sie ein Auge auf die Mila, Christoph, daß die Rache nicht rangeht.“

Sylvie erschien bei ihrer Herrin.

„Aber Sylvie, es ist dreiviertel zehn: Sie haben mich wie ein Wurmleier schlafen lassen! Mir ist so was noch nie passiert.“

„Der Nebel ist mit Messern zu schneiden.“

„Aber das Frühstück?“

„Aha, die Pensionäre hatten den Teufel im Leibe. Sie sind bei Tagesanbruch aus dem Hause. Nur die Michonnet und Poiret haben sich nicht gerührt, die schlafen wie Mäuse.“

„Aber Sylvie, du läst sie so zusammen als wenn...“

„Als wenn was?“ fragte Sylvie und lachte dumm und laut. „Die beiden sind ein Paar.“

„Hör einmal, Sylvie, wie konnte Herr Vautrin heute nacht nach Hause kommen, nachdem Christoph die Kugel vorgeschoben hat?“

„Am Begenteil, gnädige Frau. Christoph hat Herrn Vautrin gehört und hat ihm geöffnet. Und Sie haben geglaubt...“

„Gib mir mein Kamisol und mach schnell mit dem Frühstück. Nach dem Hammelrest mit Kartoffeln zurecht und gib gekochte Birnen dazu, von jenen, die das Teufel einen halben Sou kosten.“

Einige Minuten darauf war Frau Vauquer unten, sie kam im Augenblick, wo ihre Rache den Keller über einer Milchschale umgestoßen hatte und die Milch aufstiege.

„Herr Jemine!“ schrie sie. Die Rache entwischte, kam sofort wieder und rief sich an ihren Beinen. „Ja, ja, elendes Schmeichelvieh! Sylvie!“

„Was denn, gnädige Frau?“

„Ehen Sie nur, was die Rache angerichtet hat.“

„Schuld hat Christoph, der elende Tropf, dem ich gesagt habe, den Tisch zu decken. Wo ist er denn hin? Machen Sie sich nichts daraus, gnädige Frau. Der Kaffee von Vater Goriot wird davon glauben müssen. Ich werde Wasser dazu tun, das merkt er nicht. Er hört und sieht überhaupt nichts, nicht mal was er isst.“

„Wo steht der Narr denn?“ fragte Frau Vauquer und stellte die Teller zurecht.

„Wer kann das wissen? In seinen Geschäften steht der Teufel drin.“

„Ich habe zu lange geschlafen“, sagte Frau Vauquer.

„Aber die gnädige Frau ist auch frisch wie eine Rose.“

In diesem Augenblick schelte es, und Vautrin kam laut singend in den Salon:

„Lange bin ich durch die Welt geirrt, kennen tut mich jedermann...“

„Oh! Oh! Guten Morgen, Mama Vauquer“, sagte er, die Wirtin erblickend, und umarmte sie galant.

„Lassen Sie mich!“

„Sie wollten sagen, frecher Kerl“, fuhr er

fort. „Nun sagen Sie's nur. Wollen Sie es wohl gleich sagen? Ich will den Tisch mit Ihnen decken. Gell, ich bin nett, nicht wahr?“

„Die Blonde und die Braune lieben und schamsten...“

„Ich habe was Seltsames gesehen...“

„Was denn?“ fragte die Witwe.

„Vater Goriot war um halb neun in der Rue Dauphine beim Goldschmied, der alten Schmied und Silber läuft; er hat ihm für einen anständigen Preis ein Gefäß aus vergoldetem Silber verkauft, für jemand, der nicht vom Handwerk ist, war es gerade genug aus der Form gebracht.“

„Wirklich?“

„Ja. Ich hatte gerade einen meiner Freunde begleitet, der im Begriffe war, in die Post einzusteigen. Ich blieb stehen, um zu sehen, wie es weiter ging. Es war zum Lachen. Er ist die Rue des Grés hinausgegangen zu Gobsed, einem berühmtesten Wucherer, der fähig ist, aus den Knochen seines Vaters Dominosteine zu machen; ein Mann, den zu überführen es höllisch schwer fiel, er bringt seine Ersparnisse zur Bank.“

„Was macht denn Vater Goriot?“

„Er macht nichts, er richtet sich zugrunde.“

„Sagte Vautrin. „Er ist solch ein Narr, daß er sich für Frauenzimmer ruiniert, die...“

„Da ist er!“ sagte Sylvie.

„Christoph“, rief Vater Goriot, „komm hin!“

Christoph folgte ihm und erschien unmittelbar darauf unten.

„Wohin gehst du?“ fragte Frau Vauquer ihren Hausknecht.

„Ich soll eine Bestellung für Herrn Goriot machen.“

(Fortsetzung folgt.)